

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 9. Mai 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Handbemerkungen

Während das Fünf-Millionen-Heer der Arbeitslosen auch jetzt in der aufsteigenden Baukonjunktur um nicht viel mehr denn 500 000 gesunken ist, fehlen noch immer irgendwelche entscheidende Maßnahmen in Gesetzgebung und Wirtschaft, um diesem völlig unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen. Das Unternehmertum hat jahrelang behauptet, es sei nicht kapitalkräftig genug. Darum müsse ein Lohn- und Gehaltsabbau erfolgen, um auf diese Weise mit geringeren Ausgaben die Wirtschaft besser sanieren zu können. Das sei der Weg zum Aufstieg. Leider hat sich die Brüning-Regierung zum Teil diese völlig verfehlte Argumentation zu eigen gemacht. Sie fügte noch einen zweiten Faktor der Hilfe, nämlich die Preisherabsetzung, als Forderung hinzu. Die Erfüllung wirklich durchgreifender Preisherabsetzungen in den wichtigsten Bedarfsmitteln ist sie uns schuldig geblieben. Im Gegenteil, wir erlebten in den letzten Wochen Steigung der Brotpreise und einiger anderer Dinge, die wahrlich nicht zeigen, daß die Regierung nach allen Seiten mit gleichen Maßstäben mißt.

Inzwischen sind nun die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung herausgekommen über „Kapitalbildung und Investition der deutschen Volkswirtschaft 1924 bis 1928“. Dieses Dokument unserer Zeit müßte eigentlich jeder Arbeitnehmer lesen. Es würde ihm zum Bewußtsein kommen, mit welcher unverantwortlichen Begründung die Unternehmer den Lohnabbau vollzogen haben; denn hier tritt klar zutage, daß die innerdeutsche Kapitalbildung während der Konjunkturzeiten von 1924 bis 1928 allein gegen 38 Milliarden Mark betrug. In diesen fünf Jahren sind für die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft (Ausbau der Wirtschaftsanlagen und Vermehrung der Lagerbestände) 39,3 Milliarden Mark aufgebracht worden. Die Erweiterung der Anlagen (spezielle Rationalisierung, Neuanschaffung von Maschinen usw.) hat 26,8 Milliarden gekostet. Dazu kommen noch 12,5 Milliarden Mark für die Erweiterung der Lager. Für unsere Kollegenschaft ist es ganz besonders wichtig und interessant zu wissen, wie sich diese Gesamtsumme von 39,3 Milliarden Mark zusammensetzt. Es sind beteiligt die Industrie mit 9 Milliarden, öffentliche Verwaltungswirtschaft 5,7 Milliarden, Wohnungswirtschaft mit 5,4 Milliarden, Einzelhandel 5,1 Milliarden, Verkehrsweesen 4,3 Milliarden (davon Reichsbahn 1824,5 Millionen, Privatbahnen 82,6, Straßenbahnen und Stadtautobusse 373,3, Hoch- und Untergrundbahnen 271,3, Kraftverkehr und Garagen 289,2, Reichspost 997,5, Ueberseefracht 24,2, Luftverkehr 48,2, See- und Küstenschifffahrt 401,9, Binnenschifffahrt 57,0, Hochseefischereien 9,2 Millionen), Kraft-, Gas- und Wasserwirtschaft 2,7 Milliarden, Landwirtschaft 2,6 Milliarden, Großhandel 2,2 Milliarden, Handwerk 1,3 Milliarden Mark. Schließlich muß man noch die 2,3 Milliarden erhöhter Goldbestände der deutschen Notenbank mitzählen, insgesamt also ein Kapitalzuwachs von 41,6 Milliarden Mark.

Wir haben in der gleichen Zeit einen Verschuldungszuwachs an das Ausland von 13,6 Milliarden, mithin sind 28 Milliarden Mark für innere Kapitalbildung Deutschlands verblieben. Dazu sind noch 10 Milliarden für Reparationen in der gleichen Zeit geleistet worden. Aber nicht genug damit. Es sind auch noch 26,2 Milliarden Mark an Abschreibungen (Maschinen, Gebäude usw.) erfolgt, wobei jeder Betriebsrat weiß, unter welchem

Gesichtspunkt heutzutage Abschreibungen erfolgen! So kommt man also zu dem Gesamtergebnis, daß, schlecht gerechnet

40 bis 45 Milliarden Mark Kapitalbildung

von der Wirtschaft, insbesondere der Privatwirtschaft einwandfrei festgestellt worden sind, von den ungeheuerlichen Tantiemen, Aufsichtsrats- und Direktorengehältern, die in die Millionen gehen, gar nicht einmal zu reden. Angesichts dieser Zahlen, die geradezu eine auspeitschende Wirkung für die Millionenmassen der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben müssen, ist Lohn- und Gehaltsabbau in jetziger Zeit einfach unerträglich. * * *

Inzwischen hat die Braunsche Gutachterkommission weitere Vorschläge über die Doppelverdiener gemacht. Ihre Vorschläge sind aber noch viel lendenlamer, als das im ersten Gutachten über die Arbeitszeit usw. der Fall war. Anstatt eine straffe und gesegnete Maßnahme vorzuschlagen für Personen, die 1. mehrere Arbeitnehmertätigkeit ausüben, oder 2. selbständige Landwirte, Gewerbetreibende usw. sind und daneben unselbständige Arbeitnehmertätigkeit ausüben, oder 3. ein ausreichendes Einkommen aus Pension, Wartegeld, Sozialrenten usw. haben und daneben in bezahlter Arbeitnehmertätigkeit, schlägt man für diese Gruppen nur eine indirekte Einschränkung vor, während man bezüglich der Doppelverdiener im Familienhaushalt scharfe Maßnahmen treffen will, insbesondere bei den verheirateten Beamtinnen, die nach Möglichkeit aus dem Dienst ausscheiden sollen. In diesem Zusammenhang muß doch an die Entschließung des Bundesausschusses des ADGB vom 27. März 1929 erinnert werden, daß auch den verheirateten Frauen wie jedem anderen Staatsbürger nach der Verfassung und nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung das Recht auf Arbeit gewährleistet sein soll, selbstverständlich unter Einschränkung der durch die ungeheure Arbeitslosigkeit gebotenen Maßnahmen. So sieht das bisherige Resultat der Gutachterkommission nicht gerade verlockend aus. * * *

Inzwischen spitzt sich die Finanzkrise im Reich noch stärker zu. Man spricht heute von einem Fehlbetrag von 1240 Millionen Mark. Damit dürfte sich eine neue Welle der „Einsparungen“ ergeben, die man wohl wieder bei Beamten, Angestellten und Arbeitern ausgleichen will, während die Liebesgaben für die Landwirtschaft trotz dieser Situation beibehalten werden sollen; denn das Reichskabinett hat bereits beschlossen, den Zoll für lebende Schweine auf 40 Mk. zu erhöhen. Ebenso wird der Haferzoll auf 16 Mk. pro Doppelzentner erhöht. Um nun auch noch das Nahrungsbudget der Arbeiterschaft weiter einzuengen, werden Zollerhöhungen vorgenommen für Speiseerbsen (20 Mk.), Futtererbsen und Bohnen (8 Mk.), Linsen (6 bis 8 Mk.). Die Auswirkung wird sich nicht nur für das Ausland, sondern auch für den inländischen Handel und für die Konsumenten sehr unliebsam bemerkbar machen.

Das Gesamtergebnis dieser Zeit muß aber von jedem Gewerkschafter dahin erkannt werden: Wir müssen alle Kräfte anspannen, um eine möglichst breite Abwehrfront zu halten. Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen gewerkschaftlich wie politisch nicht nur gegen eine zweite Lohn- und Gehaltsabbauwelle sich wenden, sondern es muß auch alles darangesetzt werden, um

der ungeheuerlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt ein Ende zu bereiten.

Könnten wir im ersten Teil dieser Randbemerkungen mit den sensationellen Zahlen über die Kapitalbildung 1924 bis 1928 aufwarten, so schließen wir mit einer zweiten fast ebenso beachtlichen Sensation vom Standpunkt des Gewerkschafters. Professor Lupo Brentano, der bekannte bürgerliche Dorkämpfer des Achtstundentages, bringt demnächst ein Buch im Verlag Diederichs heraus über: „Lebenserinnerungen“. Darin behandelt er auch seinen kürzlich erfolgten Austritt aus dem Verein für Sozialpolitik. Das „B. C.“ vom 3. Mai 1931 brachte einen Buchauszug hierüber, aus dem wir die nachfolgenden Ausführungen zur eindringlichen Lektüre empfehlen.

„Da liegt das durch den Krieg und Inflation erschöpfte Deutschland. Bis 1937 soll es nach dem Young-Plan jährlich 2,05 Milliarden Mark an die Siegerländer zahlen. Aber auch wenn der Young-Plan fällt: schon vor dem Weltkrieg war es zur Deckung seines Lebensmittelbedarfs auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen. Das Versailleser Diktat hat es zweier seiner rein agrarischen Provinzen beraubt, und die Statistik des Außenhandels zeigt außer bei Roggen und Hafer ein überwältigendes Uebergewicht der Einfuhr von Lebensmitteln über die Ausfuhr. In der Hauptsache vermögen wir Tribut und Lebensmittelfuhr nur durch die Ausfuhr von Industrieprodukten zu zahlen. Industrieprodukte aber können wir nur ausführen, wenn wir sie billiger als das Ausland herstellen, und zwar um so billiger, je mehr dieses durch hohe Zölle gegen die Einfuhr aus Deutschland sich wehrt. Man sollte meinen, das Gesamtinteresse gehe unzweideutig dahin, dem deutschen Volke in jeder Weise das Tragen dieser Last zu erleichtern. Aber was sehen wir? Nicht nur sind die Getreidezölle wieder eingeführt worden, sondern derselbe Minister, der am 14. März 1911 in einer in Oberkirch in Baden abgehaltenen Wählerversammlung die Nutzlosigkeit der Getreidezölle für die kleinen Landwirte gepredigt und im Reichstag nicht zu Unrecht gesagt hat, die Deutschen seien aus einer Nation zu einem Interessenshaufen geworden, hat, um die verschuldeten und technisch rückständigen Grundbesitzer zu gewinnen, den Roggenzoll von 5 Mk. pro Doppelzentner auf 6 Mk. ab 10. Juli 1929 und auf 7 Mk. ab 15. Februar 1930, den Weizenzoll von 5 Mk. auf 6,50 und 7,50 Mk. erhöht. Dabei waren die Zeitungen schon damals voll von Meldungen über die sittliche Verwilderung, die die seit mehr als zehn Jahre dauernde Not des deutschen Volkes gebracht hat! Aber nicht nur die Konsumenten sind es, die diese Politik ins Verderben stößt. Einen wesentlichen Posten unter den Herstellungskosten unserer Industrieprodukte machen unsere Arbeitslöhne aus. Sie sind ohnedies schon niedriger als die Arbeitslöhne in unseren Konkurrenzländern. Während in diesen die landwirtschaftlichen Produkte außerordentlich viel billiger sind und als Folge ihrer besseren Ernährung die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter steigt, erwartet man von unseren infolge solcher Zölle unterernährten Arbeitern Leistungen, die Deutschland instand setzen, jährlich über 2 Milliarden Mark in Waren an die Siegerländer auszuführen. Im Durchschnitt der sechs Jahre 1907 bis 1912 betrug die Verteuerung von Roggen, Weizen, Gerste und Hafer durch die damaligen Getreidezölle für die Getreide kaufende Bevölkerung 1 036 788 745 Mk. pro Jahr; davon flossen 906 218 758 Mk. in die Taschen Privater und nur 130 619 987 Mk. in die Reichskasse. Wäre es nicht am Platze gewesen, Berechnungen zu veranlassen, wie groß die Belastung der Getreide kaufenden Bevölkerung durch die erhöhten heutigen Getreidezölle ist und welche Klassen von Grundbesitzern davon Vorteil haben?

Und wie steht es mit der Arbeitslosenfrage? Es sind in derselben zwei Abschnitte zu unterscheiden: die Zeit vor und nach Mitte 1929.

Zuerst ist sie in England und Deutschland aufgetreten, in beiden Ländern als Folge des Krieges. Beide waren vor demselben die größten Exportländer der Welt; England stand an der Spitze; unmittelbar darauf folgte Deutschland; dann kamen die Vereinigten Staaten und in weiter Entfernung die übrigen Länder. Als der Krieg ausbrach, hat England die Ausfuhr verboten; in Deutschland hat die Ausfuhr auch ohne Verbot aufgehört, denn alle für die Ausfuhr Arbeitenden waren entweder im Feld oder arbeiteten für den Kriegsbedarf. Die Länder aber, nach denen England und Deutschland vor dem Krieg Waren exportiert hatten, haben diese auch während der nahezu fünf Jahre, die der Krieg gedauert hatte, benötigt. Sie haben sie selbst herzustellen begonnen. Selbst recht minderwertige Kohlenbergwerke sind in den Ländern, die bis dahin Kohlen aus England und Deutschland bezogen hatten, in Angriff genommen worden. Da kam endlich der

Friede, und nun haben diese Länder Zölle gegen England und Deutschland eingeführt und immer wieder erhöht, um ihre während des Krieges entstandenen Industrien zu schützen. Daher in England und Deutschland wachsende Zahlen von Arbeitslosen. Die Not wurde bei uns besonders fühlbar, weil durch die Inflation die Zahl der Rentner und damit auch die kaufsfähige Nachfrage im Inland vermindert war, und die künstliche Verteuerung der Lebensmittel durch die wiedereingeführten und erhöhten Zölle es auch den in Arbeit Verbliebenen schwer machte, ihre Familien zu ernähren. Die Zeitungen meldeten von täglich sich mehrenden Einbrüchen, Raubanschlägen und Selbstmorden wegen Nahrungsjorgen. Doch die jüngere nationalökonomische Generation hat nichts getan, um dem gegenüber ihre bessere Erkenntnis, der sie in Stuttgart Ausdruck gegeben, zur Geltung zu bringen. Wollte ich bei solchem Verhalten derselben im Verein für Sozialpolitik bleiben, so wäre dies einer stillschweigenden Billigung seiner Gleichgültigkeit für die Herz und Nieren des deutschen Volkes bedrohenden Gefahren während der vergangenen Jahre gleichgekommen; es wäre die Verleugnung meiner ganzen Vergangenheit gewesen. Ich bin daher am 20. Mai 1929 aus dem Verein ausgetreten. Doch erst nach meinem Austritt hat der noch schlimmere Abschnitt der Arbeitslosenfrage begonnen. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland war vor Mitte 1929 gering im Vergleich zu ihrer Zahl seit der zweiten Hälfte von 1929. Mitte Dezember 1930 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 2,75 Millionen betragen. Für das Jahr 1930/31 hat man sie auf 4 Millionen berechnet. Schon spricht man von 5 Millionen. Die Ursache ist, daß, was früher mit Recht als ein Segen betrachtet wurde, zu einem Fluche der Menschheit zu werden scheint: die außerordentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit in allen Zweigen der Produktion. Die Folge ist eine außerordentliche Verbilligung der Produkte in allen Ländern der Welt, aber auch, daß Millionen, die bis dahin arbeitsfähig waren, überflüssig geworden sind. Eine weitere Folge ist, daß dem Reichen die Möglichkeit gegeben ist, in erhöhtem Maße zu sparen, die Armen aber, die infolge der Ueberproduktion in allen Ländern auf allen Gebieten arbeitslos werden, außerstande sind, trotz der Verbilligung der Produktion zu kaufen. Daher die Anomalie: es stehen sich gegenüber Massen unverkäuflicher Waren und Millionen von Menschen, die sie benötigen, aber nicht kaufen können.

Und wie hat man da zu helfen gesucht? Das Reichskabinett hat den Weizenzoll neuerdings von 7,50 sogar auf 25 Mk. gesteigert. Damit ist der Weizenzoll auf über 230 Proz. der Weltmarktpreise gestiegen, der Gerstenzoll sogar auf über 300 Proz. des Weltmarktpreises — der Zoll allein auf das Zweieinhalbfache und das Dreifache des ganzen ausländischen Preises! Dies alles im Interesse von 17 000 Großgrundbesitzern in Ostpreußen und überschuldeten Landwirten im Süden. Sie sind gewiß sehr zu beklagen und weitherziger Hilfe wert. Aber so groß ihre Zahl ist, was ist sie im Vergleich zu den Millionen, die, wenn man ihnen die unentbehrlichsten Lebensmittel unerreichbar macht, zur Verzweiflung, zu Raub, Mord und Selbstmord getrieben werden!

Eines ist klar: selbst der gegenwärtige Finanzminister hat es ausgesprochen, daß die Arbeitslosenfrage keine Produktions-, sondern eine Abfrage ist. Warum macht der Verein für Sozialpolitik der deutschen Bevölkerung, Parlament und Ministerium eingeschlossen, nicht klar, daß nur ein allgemeiner Zollabbau Abhilfe schaffen kann? Warum macht er nicht klar, daß an einen allgemeinen Zollabbau nicht zu denken ist, wenn wir selbst fortwährend die Zölle erhöhen? Warum läßt er dies ohne Einspruch geschehen? Warum macht er nicht klar, daß alle Schutzzölle einen Erwerbszweig auf Kosten eines anderen schützen, daß der Konsument, der für geschützte Waren mehr ausgeben muß, für nicht geschützte weniger ausgeben kann, was dazu führt, die Arbeitslosigkeit in den ungeschützten Stapelindustrien zu mehren? Warum macht er nicht klar, daß alles, was für Unterhalt der Arbeitslosen aus Abgaben aufgebracht wird, zur fortschreitenden Verarmung der Besteuernten führt, ohne Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu schaffen? Warum protestiert der Verein nicht, wenn man, statt unserer Industrie durch Zollabbau zu helfen, die Ausfuhr durch Abbau unserer ohnedies vergleichsweise niedrigen Löhne zu ermöglichen sucht, d. h. durch Minderung der Kaufsfähigkeit der Masse für heimische Produkte, was die Arbeitslosigkeit abermals mehrt? Oder glaubt er, die als Ausgleich des Zollabbaus verprochene Preislenkung lasse sich angesichts des Widerstandes der Kartelle auf anderem Wege als durch Abbau der die Kartellpreise schützenden Zölle erreichen?

Ich verstehe diese Politik nicht. Will man eine soziale Revolution?

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

E. D.

Durch das Gestrüpp der Berufsarten

Die moderne wirtschaftliche Entwicklung zeichnet sich durch große Arbeitsteilung aus. Die Rationalisierung ist nichts anderes als eine mit Hilfe von Maschinen auf das höchste verfeinerte Arbeitsteilung. Die größere Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft stellt sich dann als Resultat heraus. Das äußere Kennzeichen der immer mehr sich auswirkenden Arbeitsteilung ist die Vermehrung der Berufsarten. Die Arbeiterschaft wird in drei große Gruppen eingeteilt: gelernte, angelernte und ungelernete Arbeiter. Innerhalb der gelernten Arbeiter gibt es heute eine Anzahl von Berufen und Berufsbezeichnungen. Das gleiche ist bei den angelernten Arbeitern der Fall.

Aber auch die ungelerneten Arbeiter stellen keine homogene Masse dar. Unsere Organisation hat den Vorzug, große Kategorien der Arbeiterschaft zusammenzufassen. Der Uneingeweihte glaubt, daß beispielsweise bei den Handels- und Transportarbeitern keine allzu große Berufsverschiedenheit vorhanden sei und diese allgemein in die Kategorie der ungelerneten Arbeiter gehören. — Daß zwischen den Handels- und Transportarbeitern sehr große Unterschiede bestehen, wird einem sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht, wenn man sich einmal die Vermittlertätigkeit bei einem Arbeitsamt, Fachabteilung für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe, ansieht. Das Arbeitsamt Berlin-Mitte ist bekanntlich einer der größten Arbeitsnachweise Deutschlands, so der ganzen Welt. Das Berufsgruppenverzeichnis der genannten Fachabteilung des Arbeitsamts Berlin-Mitte enthält für männliche Arbeitssuchende weit über 200 verschiedene Berufsarten. So werden z. B. 20 verschiedene Arten von Handelshilfsarbeitern aufgeführt. Man unterscheidet Handelshilfsarbeiter für Eisenwaren, Kleinmöbel, Flaschen, Glas, Keramik, Lebensmittel, Maschinen, Textilwaren, Tabak, Apotheken usw. Es ist durchaus einleuchtend, daß ein Handelshilfsarbeiter für Maschinen oder chemische Produkte etwas ganz anderes ist als für Tabak oder Apothekerwaren. Somit wird bei der Arbeitsvermittlung bereits eine Auslese unter denjenigen Arbeitssuchenden vorgenommen, die als Handelshilfsarbeiter beschäftigt waren. Eine gleiche Einteilung kennt man bei den Lagerarbeitern und Packern. Der Packer für Lebensmittel muß über andere Kenntnisse verfügen als derjenige, der Maschinen, Möbel oder Glas und keramische Erzeugnisse zu packen hat. Der Kellerarbeiter für Wein und Eiskör ist etwas anderes als derjenige, der mit Mineralwasser, Essig und anderen Flüssigkeiten umzugehen hat. Soweit das Verkehrsgewerbe in Frage kommt, so werden die Schaffner eingeteilt in solche für Hoch- und Untergrundbahn, für die Straßenbahn, den Omnibus, die Eisenbahn und das Kaufhaus. Kraftwagenführer für Personwagen werden vermittelt für den Omnibus, für Brautfahrten, für Droschken, für das öffentliche Fuhrwesen, das Bestattungswesen usw. Außerdem werden vermittelt Flugzeugführer, Garagenmeister, Autopfleger und -wäscher, Tankwärter und Tabakmeister, Motorbootführer, Fahrlehrer u. a. Bei Kraftwagenführern für Geschäftswagen gibt es 15 verschiedene Unterteilungen, z. B. für Brot, Fisch, Gärtnerei, Lebensmittel, Milch, Möbel, Warenhäuser, Wäsche, Zigaretten usw. Eine ähnliche Unterteilung wird bei den Kraftwagenführern für Schwerfuhrwerk und bei den Treckerführern für Schwerfuhrwerk vorgenommen. Auch Motorradführer sind eingeteilt zur Verwendung für verschiedene Warenattungen. Bei den Kutschern unterscheidet man solche für Personalfuhrwerk, für Schwerfuhrwerk, für Geschäfts- und Leichfuhrwerk mit einer ähnlichen Unterteilung wie bei den Kraftwagenführern. Auch bei den Mitfahrern für Auto- und Geschäftswagen wird Rücksicht auf bestimmte Branchen-

kenntnisse genommen. Transportarbeiter gibt es 12 verschiedene Arten, z. B. für die Holzindustrie, Kohlen, Kolonialwaren, Müllabfuhr, Möbeltransport, Steine, Spedition usw. Für den Haus- und Sicherheitsdienst werden vermittelt: Hausmeister, Hausinspektoren, Fabrikportiers, Wohnhausportiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Feuerwehrleute, Kontrolleure in Geschäfts- und Bürohäusern, Wächter für den öffentlichen Dienst, Privat-, für den Werkzeugsicherheitsdienst usw. Neben alledem gibt es noch Glasreiniger, Messingputzer, Bohrer, Etagenputzer usw. Für die B i n n e n s c h i f f a h r t werden vermittelt: Schiffsführer,

Flößer, Seeleute, Bootsleute u. a. Unter Verschiedenes werden verzeichnet: Gepäckträger, Güterbodenarbeiter, Rangierer, Kranführer, Selterabzieher, Kassenboten, Markthelfer, Einkassierer, Postaus Helfer, Telegraphenarbeiter, Bühnenarbeiter, Bretterträger, Elektrokarrenführer, Leitergerüstbauer, Hafen- und Speicherarbeiter, Schilderanmacher, Plafarbeiter, Stallmeister, Wagenwäscher, Stallente, Trainer u. a. Berufsarten. Bei den Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe gibt es ungefähr 75 Berufsarten. Wenn auch die Einteilung derjenigen der Männer ähnelt, so gibt es doch verschiedene Berufe, die nur von den Frauen ausgeführt werden, z. B. Kaffeeverleserinnen, Füllerinnen, z. B. für Parfüme und Seifen, Fahrkartenausgeberinnen, Garderobenfrauen, Platanweiserinnen usw. — Außerordentlich vielseitig ist das Gruppenverzeichnis der Fachabteilung für das Krankenpflege-, Bade- und Massagewesen. Bei der männlichen Abteilung unterscheidet man sieben Gruppen. In der Gruppe I werden vermittelt Oberpfleger und Oberheilgehilfen mit staatlicher Prüfung, in der Gruppe II staatlich geprüfte Krankenpfleger und Heilgehilfen für Anstalten und privat, Krankenpfleger und Heilgehilfen ohne Prüfung, Sanitätsgehilfen, Krankentransporteur usw. Geprüfte Bademeister und Masseure mit und ohne staatliche bzw. ärztliche Prüfung, ferner Podiatre, Sportmasseure und ähnliche Berufe enthält die Gruppe III. Bademeister, Schwimmlehrer, Laboratoriumsgehilfen, Röntgenassistenten, Obduktionsgehilfen, Leichendiener, Apothekendiener, Masseure mit Ausbildung an elektromedizinischen Apparaten, geprüfte Desinfektoren, Bademeister und Schwimmlehrer sind in den anderen Gruppen zu finden. Die staatlichen und städtischen Einrichtungen für Berlin erfordern noch kompliziertere Arbeitsteilungen, wie wir sie oben bereits in der Aufzählung der Berufe im Krankenpflege-, Bade- und Massagewesen kennengelernt haben. Hatten wir bei den Männern eine Unzahl von Berufsarten kennengelernt, so ist es bei den Frauen eigentlich noch ausgehnter. Neben den leitenden Schwestern werden 10 verschiedene Schwestern vermittelt. Daneben gibt es geprüfte und ungeprüfte Pflegerinnen der verschiedensten Art, Hebammen, Laborantinnen, Zahntechnikerinnen, Desinfektorinnen, Masseurinnen, Bademeisterinnen, Schwimmlehrerinnen, Heilgehilfinnen für Diathermie, Elektrotherapie, Höhensonne, Schönheitspflege usw. Selbst der Kenner im Krankenpflege- und Badewesen wird die Erfahrung machen, daß manchmal in kurzen Zeitabständen vollständige Umwälzungen eintreten und Menschen mit speziellen Kenntnissen oder Handfertigkeiten verlangt werden. Früher sehr einfache Berufe und Gewerbearten, wie das Handels- und Transportgewerbe, das Gesundheitswesen u. a., sind heute volkswirtschaftliche Angelegenheiten von breiter Bedeutung, geben sehr vielen Menschen Lohn und Brot und erfordern zu ihrer Erledigung eine Arbeitsteilung, die zahlreiche Berufsarten notwendig macht.

Gewerkschaften sind Sammelpunkte der gesamten Arbeiterklasse

erklärte die Kommunistische Internationale — als Lenin noch lebte.

„Trotz aller politischen Spaltungen haben die Bolschewiki keine einzige Gewerkschaft gespalten, weder vor, noch während, noch nach der Revolution. Das gib zu denken, Genossen. Auch nach der Revolution waren die Gewerkschaften zum großen Teil noch in den Händen der Menschewiki, und trotzdem haben wir alles getan, um einer Spaltung vorzubeugen. . . . — Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist eine der wichtigsten Hauptmerkmale des Bolschewismus, ist die Praxis des russischen Bolschewismus seit 25 Jahren . . . weil wir verstanden haben, daß die Gewerkschaften der Sammelpunkt der proletarischen Massen, der gesamten Arbeiterklasse sind.“

So Sinowjew auf dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1924, Protokoll S. 903

Unsere

RGO-Kommunisten

handeln also als

Spalter der Gewerkschaften

nicht nur als Anti-Sozialisten

sondern auch als Anti-Bolschewisten! Sie sind

Hilfstruppen des Faschismus

Schwimmlehrer, Laboratoriumsgehilfen, Röntgenassistenten, Obduktionsgehilfen, Leichendiener, Apothekendiener, Masseure mit Ausbildung an elektromedizinischen Apparaten, geprüfte Desinfektoren, Bademeister und Schwimmlehrer sind in den anderen Gruppen zu finden. Die staatlichen und städtischen Einrichtungen für Berlin erfordern noch kompliziertere Arbeitsteilungen, wie wir sie oben bereits in der Aufzählung der Berufe im Krankenpflege-, Bade- und Massagewesen kennengelernt haben. Hatten wir bei den Männern eine Unzahl von Berufsarten kennengelernt, so ist es bei den Frauen eigentlich noch ausgehnter. Neben den leitenden Schwestern werden 10 verschiedene Schwestern vermittelt. Daneben gibt es geprüfte und ungeprüfte Pflegerinnen der verschiedensten Art, Hebammen, Laborantinnen, Zahntechnikerinnen, Desinfektorinnen, Masseurinnen, Bademeisterinnen, Schwimmlehrerinnen, Heilgehilfinnen für Diathermie, Elektrotherapie, Höhensonne, Schönheitspflege usw.

Selbst der Kenner im Krankenpflege- und Badewesen wird die Erfahrung machen, daß manchmal in kurzen Zeitabständen vollständige Umwälzungen eintreten und Menschen mit speziellen Kenntnissen oder Handfertigkeiten verlangt werden. Früher sehr einfache Berufe und Gewerbearten, wie das Handels- und Transportgewerbe, das Gesundheitswesen u. a., sind heute volkswirtschaftliche Angelegenheiten von breiter Bedeutung, geben sehr vielen Menschen Lohn und Brot und erfordern zu ihrer Erledigung eine Arbeitsteilung, die zahlreiche Berufsarten notwendig macht.

Arbeitslose in Amerika

Da es in den Vereinigten Staaten keinerlei Vorsorge für die Arbeiter gibt für die Zeiten einer Krise wie der gegenwärtigen, bleibt den Arbeitslosen nichts übrig als die Straße, die öffentliche und private Wohltätigkeit und die Suppenküchen. Man hat sich lange dagegen gesträubt, das ständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit zuzugeben. Immer und immer wieder hat der Präsident in öffentlichen Reden versichert, daß die Zeiten sich bessern und die alte Prosperität wieder einsetze. Leider ist die Prosperität ausgeblieben, und als man sich oben endlich genötigt sah, die wahre Lage der Dinge anzuerkennen und nach dem üblichen Allheilmittel griff, der Bildung eines Untersuchungskomitees, da lagen schon Tausende und aber Tausende auf der Straße. Schon im Herbst, als der Wind kalt zu pfeifen begann und die Nächte empfindlich frisch wurden, brachte eine der großen Chicagoer Tageszeitungen mehrere spaltenlange Artikel über die Hunderte von Obdachlosen, die an den Ufern des Michigansees die Nächte zubringen. Jung und alt, auch Frauen darunter, schliefen sie auf Bänken, auf den Stufen der Denkmäler, unter Büschen der Anlagen, unter Brücken, wo es ein wenig geschützt ist. Sie wickelten sich in Zeitungspapier ein, um sich vor der Kälte zu schützen. Ein paar Bogen unter die Weste, ein paar Bogen über die Weste, dann den Rock darüber. Dann noch eine Hülle Zeitungspapier über den Rock. Ueberzieher hatten die meisten nicht mehr, die waren längst versetzt. Die Zeitungen hatten sie sich tagsüber hinter Geschäftshäusern und sonstwo verschafft. Amerikanische Zeitungen sind groß im Format und umfangreich, oft 35 Seiten und mehr. Aber die Nächte wurden immer kälter, der Winter kam heran, niemand vermochte mehr draußen zu schlafen, der nicht erfrieren wollte. Da trat in allen Städten die Wohltätigkeit in Aktion. Man richtete Zufluchtsstätten ein für die obdachlosen Arbeitslosen. Chicago gab das alte Gefängnis her und der berühmte Chewing-Gum-Magnat Wrigly fütterte die Hilfsbedürftigen die ersten Wochen.

Eine Kampagne für die Aufbringung von Geldern zur Unterstützung der Arbeitslosen wurde eingeleitet. Für Chicago wurden 5 000 000 Dollar gesetzt. Dieses Geld kommt nicht aus öffentlichen Mitteln, sondern als freiwilliger Tribut der Bevölkerung. Und das meiste davon hat die Arbeiterschaft aufgebracht. Das Einkommen der Arbeiter ist ja am leichtesten zu kontrollieren. Da hat man eben einfach eine bestimmte Summe wöchentlich vom Lohn abgezogen. Die städtischen Behörden gingen mit dieser Methode voran. Eine der ersten Aktivitäten des Chicagoer Komitees in Sachen der Arbeitslosen war der Vorschlag des Kreisvorstehers, der 40 000 Angestellten des Kreises und der Stadt ein Minimum von einem Dollar pro Woche für den Arbeitslosenfonds abzuziehen, und ein großer Teil der Industrien und der Geschäftswelt folgte dem Beispiel. Dabei arbeitet ein großer Prozentsatz der Arbeiter nicht voll. Auch wohlhabende Bürger trugen das ihre bei. Summen von 1000, 5000, 10 000, ja 25 000 Dollar liefen ein, und viel aufopfernde, freiwillige Arbeit ist geleistet worden für den Unterstützungsfonds. Aber das alles ist bei weitem nicht genug der ungeheuren Not gegenüber.

In ihrem Eifer, das einzige durchgreifende Mittel der Staatshilfe zu umgehen, verfallen die verschiedenen leitenden Persönlichkeiten auf alle möglichen Traktätchen, mit denen sie die Krise zwingen wollen. So wurde die Bevölkerung aufgefordert, nach Kräften Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Hausbesitzer sollten Reparaturen vornehmen lassen, ihre Höfe und Gärten einer gründlichen Aufräumung unterziehen und so einem Arbeitslosen ein paar Tage Arbeit verschaffen. Hausfrauen wurden aufgefordert, Arbeitslose beim großen Reinemachen zu beschäftigen und dergleichen. Was das für eine Armee von etwa 7 000 000 bis 9 000 000 Arbeitslosen, wie von verschiedenen Seiten geschätzt wird, bringen kann, läßt sich lebhaft denken. Eine der vielgelesenen Chicagoer Abendzeitungen gab mit großen Buchstaben auf der ersten Seite ihres Blattes bekannt, daß sie zwei Wochen lang unentgeltlich in ihrem Anzeigenteil Arbeitsangebote annehme und forderte das Publikum auf, Arbeitsplätze in seinen Häusern und Wohnungen zu suchen. Am nächsten Tage brachte sie in noch größeren Buchstaben die folgende Überschrift: „Armee marschiert nach Arbeitsplätzen, die durch freie Anzeigen erlangt wurden. Arbeiter lächeln, als unser Plan Resultate bringt.“ In den darunter stehenden Spalten wurde dann versichert, daß die Arbeiter gesungen und gepfiffen haben bei der Arbeit, die sie durch das Blatt gefunden haben. Ebenso kindisch muten die großen Reklameschilder an,

die einem überall begegnen, auf denen das Publikum aufgefordert wird zu kaufen, um die Depression zu heben.

Und dann die Suppenküchen. Von Zeit zu Zeit erscheint das Bild eines Senators oder Bürgermeisters oder einer höhergestellten Persönlichkeit in der Tagespresse auf der ersten Seite und dabei der Bericht, daß der Herr Bürgermeister in eigener Person, natürlich verkleidet, sich unter die Arbeitslosen gemischt hat, und die Suppe als sehr schmackhaft befunden hat. So ist alles in bester Ordnung und das öffentliche Gewissen kann sich beruhigen.

Etwas anders gestalten sich diese Suppengeschichten, wenn sie in der liberalen Presse erzählt werden. So schreibt ein Carl-O. Ethel, der in Seattle sich unter die Arbeitslosen begab: „Wir erhielten einen Teller Suppe, drei Scheiben Brot und ein Stück Pie. Der Pie, den wahrscheinlich ein Restaurant übrig behalten hatte und den Arbeitslosen deponiert war, war gut, die Suppe aber war eine fettige graubraune Masse. In der Suppe, die ich erhielt, befanden sich genau sieben braune Bohnen, eine Scheibe Mohrrübe und eine Scheibe Zwiebel. Weiter befanden sich weiche, weiße Klümpchen darin, die vermutlich von übergekochten Kartoffeln herstammten, die zu verderben begannen. Der Kaffee war nicht zu trinken, doch die hungrigen Männer tranken ihn trotzdem und von der Suppe blieb kein Tropfen übrig, was der Löffel nicht zu fassen vermochte, wurde sorgfältig mit dem Brot aufgesaugt.“ Viele dieser Männer sprachen abfällig von der Heilsarmee und einer anderen religiösen Organisation derselben Art, die auch Suppenküchen unterhalten, aus ihrer Suppe aber noch Kapital schlagen, indem sie sie nur an solche Hungrige verabreichen, die ihre Gebete und ihr Halleluja-Singen mitmachten. Dabei soll die Suppe noch schlechter sein als die, die Ethel gegessen hatte, und die von einer der Zeitungen Seattles gegeben wird. Noch mehr erbittert waren die Männer darüber, daß diese religiösen Organisationen städtische Arbeitsplätze besetzt hatten, wofür nach dem Gesetz 4,50 Dollar pro Tag bezahlt wird, den Männern aber nur einen Dollar pro Tag bezahlt hatten und die übrigen 3,50 Dollar in die eigene Tasche wandern ließen.

In allen Großstädten stehen Arbeitslose an den Ecken der verkehrsreichsten Straßen und bieten Äpfel feil, um sich auf diese Weise über Wasser zu halten.

In einer Siedlung um Chicago von etwa 6000 Einwohnern sind 91 Familien seit dem 1. Dezember von dem erhalten worden, was von den Arbeitern der einzigen Fabrik des Ortes und hilfsbereiten Menschen beige-steuert worden ist. Nun aber sind die Geldmittel völlig erschöpft und die Situation ist nicht besser geworden. Arbeit hat so gut wie niemand gefunden, da es einfach keine Arbeit gibt, und mit jeder Woche melden sich neue Hilfsbedürftige, die sich bisher auf irgendeine Weise selbst durchgeschleppt haben. Und so sieht es im ganzen Lande aus. Die Bundesregierung hat bis jetzt nur eine größere Summe für Notstandsarbeiten bewilligt. Im Januar stimmte der Senat für 25 000 000 Dollar zur Unterstützung der Arbeitslosen und der von einer außerordentlichen Dürre betroffenen notleidenden Farmer Arkansas und anderer Staaten. Der Kongreß aber hat diese Bewilligung mit großer Mehrheit niedergestimmt, weil solche Maßnahmen unamerikanisch, unpatriotisch, ja sogar sozialistisch seien. Der Präsident und das Rote Kreuz, welches diese Summe verteilen sollte, stehen an der Spitze dieser Opposition. Nur keine Staatshilfe ist die Parole.

Es besteht aber noch durchaus keine Aussicht, daß wir am Ende der Krise sind und die großen Summen, die die Bevölkerung aufgebracht hat, gingen mit dem Winter zur Neige. Was soll nun werden? Am Ende wird der Staat und die Kommunen doch helfen müssen. Bisher sind nur wenige Kommunen dieser Pflicht nachgekommen. Auch ernste Stimmen für die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung erheben sich überall im Lande. Demgegenüber steht die amerikanische Tradition der Selbsthilfe, der individualistischen Auffassung vergangener Tage. Der Präsident gab diesen Vorurteilen in seiner Rede anläßlich Lincolns Geburtstag Ausdruck, indem er in bezug auf die Arbeitslosen und die notleidenden Farmer von dem amerikanischen sozialen Ideale sprach, gleicher Gelegenheit des Fortkommens für alle und individuelle Initiative.

Das Unternehmertum macht seinerseits Gebrauch von diesem Ideale der gleichen Gelegenheit des Fortkommens für alle und der persönlichen Initiative und nützt die Lage aus. Von überall her werden Lohnbeschnidungen gemeldet.

— Liddy Großmann-Zickmann, Chicago.

Schule und Haus

Daß Schule und Haus sich gegenseitig in der Erziehung des Kindes unterstützen müssen, ist heute zur Binsenwahrheit geworden. Darum dies aber notwendig ist, darüber sind sich die wenigsten Menschen im klaren: die ersten Lebensjahre sind entscheidend für die Weltanschauung des älteren Menschen, insofern man unter ihr das tatsächlich gelebte Leben versteht und nicht die theoretische Lehre. Sicher wird kein Mensch in seinen frühen Kinderjahren überzeugter Märgist. Aber ob er später fähig sein wird, soziale Gefinnung durch Taten allgemeiner Menschenliebe und Gerechtigkeit zu beweisen, das entscheidet sich in der Kindheit.

Die Charakterbildung wird heute noch in den Familien ziemlich vernachlässigt. Man glaubt, daß, da der Verstand sich vorwiegend erst später entwickelt, auch die Erziehung des Menschen hinausgeschoben werden könnte. Die Menschen bedenken nicht, daß Verstand und Wille ihre eigenen Wege gehen. Es kommt oft vor, daß wir genau wissen, so und so müßten wir handeln, wenn wir pflichtbewußt und sozial sein wollen — und daß wir dann doch entgegengesetzte Wege gehen. Wie kommt das? Unser Wollen ist durch eine falsche Erziehung in der Kindheit nicht kraftvoll genug ausgebildet und nicht intensiv genug auf das Gute gelenkt worden.

Die Schule hat sich also auf die Vorarbeit des Elternhauses zu stützen. Auch in der staatsbürgerlichen Erziehung. Diese Arbeit zu leisten erscheint den Eltern vielleicht unmöglich. Sie verwechseln Bildung mit Kenntnissen. Man braucht keine politischen Kenntnisse zu haben, um staatsbürgerlich zu erziehen. Aber man muß Einsicht in die politischen Verhältnisse besitzen. Im Grunde ist jede staatsbürgerliche Erziehung eine demokratische Erziehung; denn der politische Begriff des Bürgers schließt Selbständigkeit, Verantwortung und Freiheit in sich; wohingegen der Begriff des Untertanen mit Monarchie und Konservatismus zusammenfällt.

Da wahres Staatsbürgertum auf dem Grundsatze der Gleichberechtigung aller beruht, ist es notwendig, daß die Eltern diesen Grundsatz in ihrem täglichen Leben verwirklichen. Autoritätsforderung züchtet Untertanen. Es gilt also, die Selbständigkeit des Kindes und seinen Eigenwillen zu wahren und zu achten, doch in Verbindung und in Rücksicht auf das Gemeinschaftsleben. Grundsätzlich darf den Eltern auf moralischem Gebiet nichts erlaubt sein, was man den Kindern verbietet. Die Atmosphäre der Hingabe und Menschlichkeit ist wesentliches Erziehungsmittel zum Staatsbürger. Wird das Kind älter, so erweitert sich notwendig der Kreis seines Lebens und Erlebens. Außerordentlich bedeutungsvoll ist der Schulbeginn. Hier tritt das Kind zum erstenmal in einen Kreis völlig Gleichberechtigter. Wie die Eltern, so ist auch der Lehrer nur Führer der Kinder und die Schulklasse eine Demokratie im kleinen. Der Lehrer wird sich mit den Eltern in Verbindung setzen. Durch Hausbesuche, Elternbeiräte und Elternabende mit Diskussionen, durch Hospitieren der Eltern im Unterricht lernen Eltern und Lehrer sich kennen, und dies ist wichtig, auf daß sie einheitlich vorgehen können. Unsere politisch bewegte Zeit sorgt dafür, daß die Fragen der Nationalitäten und Rassen, der Völkerveröhnung und Kriegsgegnerschaft usw. zur Erörterung kommen. Es ist verständlich, daß die Eltern von ihren Kindern die gleiche Ueberzeugung verlangen, die sie selbst haben. Es ist aber psychologisch unmöglich und erzieherisch völlig falsch, dies zu verlangen. Erweiterung des politischen Horizontes! Das ist Aufgabe des Lehrenden. Hat er es mit Eltern zu tun, die anderer politischer Denkungsart sind, so wird seine Stellung innerhalb des Unterrichts sich nicht ändern: objektive Schilderung der Tatsachen, Gegenüberstellung der verschiedenen politischen Anschauungen. Gefragt wird er seine Anschauung ehrlich äußern und aufzeigen, wie er zu ihr gekommen ist. Aber er wird weder seine Schüler zwingen, seine Auffassung anzunehmen, noch sie überhaupt als die allein richtige hinstellen. Staatsbürgerliche Erziehung hat mit staatsbürgerlicher Bildung Hand in Hand zu gehen. Wichtig sind die Kenntnisse um das Werden von Staatsformen und ihre Verbindung mit wirtschaftlichen Verhältnissen und geistigen Strömungen, wichtig die Kenntnisse von den Pflichten und Rechten des Staatsbürgers. Wichtiger ist aber die Erziehung zum selbständigen staatsbürgerlichen Denken und Urteilen, und die Bildung des Willens zur Hingabe an die soziale Demokratie, geweckt und gestärkt durch die gemeinsame Arbeit von Haus und Schule. Die grundlegende Arbeit hierbei wächst dem Elternhaus zu, die aufbauende und weiterführende der Schule. Es wird ein erfolgreiches Arbeiten sein, wenn beide Erziehungskräfte den Willen zur Verstandigung zeigen.

Demokratie und Schüler selbstverwaltung

Als nach der Revolution der bekannte Schulgemeinberlaß des damaligen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Hähnisch, verfaßt von dem bekannten Schulreformer Gustav Wyneken, erschien, da empfanden alle demokratisch gesinnten Pädagogen diese Äußerung eines neuen Staatswillens als die notwendige Konsequenz der politischen Umwälzung. Demokratie bedeutet Verwirklichung des Willens aller im Staate: „Wir sind der Staat!“ Die Teilnahme an Verwaltung und Regierung fordert politisch geschulte Menschen, fordert Menschen, die den Willen zum Volksstaat mit einer tiefen Erkenntnis von seiner Notwendigkeit und Bedeutung besitzen. Als Untertanen eines Monarchen konnten wir solche Schulung und Bildung nicht erreichen.

Selbständige und selbstverantwortliche Charaktere bilden sich in der Jugend. Also war der Erlaß des Ministers Hähnisch, der allen Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten Selbstverwaltung im weiten Sinne des Wortes gab, eine Selbstverständlichkeit. Daß dieser Erlaß von den fast durchweg „gut monarchisch“ gesinnten Lehrkräften sabotiert wurde, daß sie ihn ihren Schülern vorenthielten und ihn politisch verdächtigten, nimmt uns nicht wunder. Ich erlebte selbst, daß man in einem Seminar die Schulgemeinde scheinbar begrüßte, sie aber allmählich, unter dem Zwang wirtschaftlicher Abhängigkeit der Jugend, zum „Kaffeekränzchen“ degradierte, das heißt, ihr alle geistigen Aufgaben nahm. Man brüstete sich, eine Schulgemeinde zu haben, und war doch gleichermaßen wie vorher reaktionär.

Die Tragikomik der damaligen Zeit äußerte sich nun auch darin, daß die höheren Schulen kaum einen Gebrauch von ihr machten, dafür aber immer reaktionärer wurden, während die Idee der Selbstverwaltung immer mehr in den Volksschulen Fuß faßte, für die der Erlaß ursprünglich nicht bestimmt war. Diese Entwicklung ist zu begrüßen: je jünger der Mensch in Selbstverwaltung und Selbstregierung hineinwächst, je unerbogener die politischen Instinkte der Jugend sind, desto größer und weitgreifender wird der Erfolg sein.

Wie gestaltet sich nun die Selbstverwaltung in der Schule?

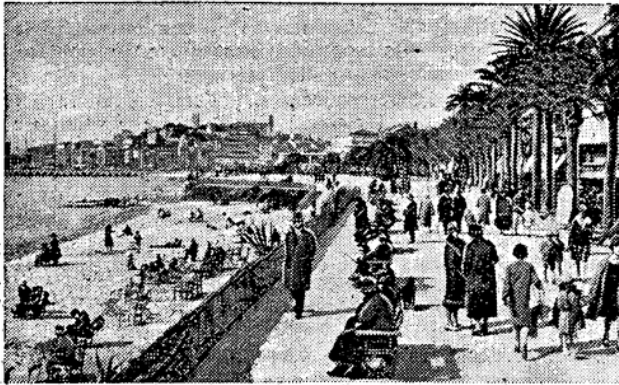
Der erste Grundsatz ist der, daß alles, was die Schüler tun können, auch von ihnen selbständig ausgeführt wird. Erziehung zur Selbständigkeit! Es handelt sich nicht darum, daß Hefte ausgeleitet, eingesammelt und ins Konferenzzimmer gebracht werden — das war auch schon, als Anordnung der Lehrenden, in den alten Schulen üblich —, sondern darum, daß die Organisation und die gedankliche und ausführende Arbeit von der Jugend selbst vollzogen wird. Es handelt sich um die Organisation der Arbeit schlechthin, um die notwendige Ordnungsarbeit, die sich aus dem Gemeinschaftsleben ergibt, und um den Stoff, der selbst erarbeitet werden soll. Daß Festgestaltung auch dazu gehört, ist selbstverständlich; sie ist aber nicht Hauptsache und nicht einzige Pflicht. Auch Vorbereitungen und Ausführungen von Wanderungen, Ausflügen, Museumsbesuchen und dergleichen fallen unter den Begriff der Selbstverwaltung. Ebenso die Ausübung der erzieherischen Funktionen, gemeinsame Besprechungen von Schulbergehen, unsozialem Verhalten, kleinen Diebstählen, und im Anschluß daran Verhängung von Strafen, wenn man nicht vorzieht, ganz ohne Strafen auszukommen und statt dessen dem Schwachen Hilfe — Lebenshilfe — zu leisten. Man kann wohl sagen, daß es in einem wahren Freundschaftsleben zwischen Schülern und Lehrern kaum etwas gibt, was nicht durch Selbstverwaltung ausgewertet werden kann. Wie weit man darin gehen wird, hängt von der Reife der Kinder und Jugendlichen ab. Es ist aber Erfahrungstatsache, daß Gewährung von Freiheit und Selbstverantwortung die jugendlichen Kräfte stärken und den ganzen Menschen reifen lassen.

Auch die Wahrung parlamentarischer Formen in Besprechungen und geistigen Kämpfen kann zur Vorbereitung auf die politische Demokratie und zur Stärkung des demokratischen Gedankens führen. Nur ist darauf zu achten, daß diese Formen sich aus einer geistigen Notwendigkeit ergeben, also nicht leer bleiben. Gleiches Recht für alle, Redefreiheit für jede Anschauung, auch die gegnerische, sachliche und persönliche Disziplin, Herausarbeitung des wertvollsten Gedankens, das sind die Grundlagen, auf denen sich die Festsetzung parlamentarischer Formen und ihre Anerkennung durch alle ergibt. Natürlich ist auch in Selbstverwaltung und Selbstregierung jeder Mechanismus von Uebel.

Die Schüler selbstverwaltung ist, richtig und verantwortungsvoll gehandhabt, eins der wichtigsten Mittel, die politische Demokratie zu verstehen und ihr dienen zu lernen. H. Schumacher

Mühsal und Müßiggang im Riviera-Paradies

Wenn die deutsche Landschaft noch ihren Winterschlaf hält und die graue Monotonie des Alltags der werktätigen Massen noch um einen Schein trüber ist durch Kälte, Nässe und alle Unbilden unseres rauhen Klimas, dann blüht an der sonnigen Azurküste schon das Wunder des Frühlings. Eilige Expreszüge bringen feine duftigen Grüße, gelbflockige Mimosen und süße blaue Veilchen in unsere düsteren Städte des Nordens. Grüße, die einen hellen Schein in unsere Stuben und unstillbare Sehnsucht nach der glückhaften blauen Ferne in unsere Herzen tragen. Aber während wir davon



Die Müßiggänger auf der Promenade in Cannes

träumen, fahren die raschen Expreszüge tagtäglich gepflegte, pelz-unthüllte Damen mit riesigen Schrankkoffern und selbstsichere, distinguierte Herren in gut sitzenden Anzügen an jene Gestade des Mittelmeers, wo die heiteren Grazien der Natur und menschlicher Fleiß und Erfindungsgabe ein Stück irdisches Paradies geschaffen haben. Aus aller Herren Länder rollen die Gäste der Riviera heran: Plutokraten aus USA., arabische Scheichs, graziose Französinen, indische Maharadschs, deutsche Industriekapitäne, weibliches und männliches Old-England. Neben der soliden Geldaristokratie auch allerlei abenteuerliche Existenzen. Es ist als gäbe sich die reiche Faulenzerkasse aller Nationen unter den Palmen von Cannes und auf der besonnten Terrasse von Monte Carlo ein internationales Rendezvous, wo sie sich trotz der verschiedensten Sprachen wunderbar versteht und unterhält. Denn an der Table d'hôte fashionabler Hotels, die mit den edelsten Erzeugnissen französischer Kochkunst aufwarten, in den Bars und Spielfälen, auf den Golf- und Tennisplätzen existieren keine Rassen-, sondern höchstens Klassenurteile.

Eigentlich ist es gar nicht richtig, die Bewohner der Luxusvillen und der vornehmen Grandhotels als Müßiggänger zu bezeichnen, denn sie sind bis in die sinkende Nacht hinein voll auf „beschäftigt“. Was doch allein die Schönheitspflege und das häufige Umziehen für Zeit erfordern! Und wieviel standesgemäße und vernünftige Beschäftigungsmöglichkeiten für freiwillige Arbeitslose sonst noch existieren: Morgengymnastik am Strand, Vormittagspromenaden, Autopartien, Tanztees, Taubenschießen, Sportturniere, Wettrennen, Jagtausflüge und während der bewegten Karnevalszeit die täglichen Korjos und Blumenparaden! Die Saison der großen rauschenden Feste sind die Monate Dezember bis März. Das merkt man auch an den Preisen. Eine elegant möblierte Villa mit Park, die man im Sommer für 40 000 Franken mieten konnte, kostet in Cannes in den Wintermonaten das Doppelte. Und in dem Hotelpalast „Martinez“, dessen weißer gigantischer Gebäudekomplex sich in der glitzernden Canneser Bucht spiegelt, kostet dann die Pension 200 bis 250 Franken, also etwa 35 Mk. pro Tag und Person. Nun, Cannes ist allerdings auch die Aristokratie unter den Rivierastädten. Auf seiner Promenade, der schönen berühmten Croisette, ergeht sich in den Vormittagsstunden die erlesenste Eleganz.

Offen und ungeniert stellt sich hier der Luxus zur Schau, der sich zu Hause in den großen Städten diskret hinter den Gittern der Villenviertel verbirgt. Man paradiert mit immer neuen Colletten, mit Schmuck, mit nickelglänzenden, auffallend lackierten Autos, mit schönen und grotesk häßlichen Rassehunden. Auch die größten Schrankkoffer können kaum den Erfordernissen der täglichen modischen Schaufstellungen genügen. Aber niemand kommt in Verlegenheit. Jean Patou, Worth, Lucien Lelong, Poiret, die raffinierten Pariser Schneiderkünstler, englische Juweliere, Parfümerien mit phantastischen Namen, haben längs der Croisette

und auf der Rue d'Antibes verführerische kleine Magazine aufgeschlagen, die die verwöhntesten Ansprüche befriedigen und durch ihre reizvollen Auslagen — neue zu wecken verstehen. Man glaubt ja gar nicht, was der Mensch alles brauchen kann und was die Mode immer wieder für charmante Kinkerlitzchen erfindet.

Die Vorkriegsgeneration reiste nur im Winter an die Riviera. Ihre typischen Vertreter, der kavalierrmäßig gekleidete, monokelbewehrte Lebemann und die brillantengeschmückte, überlegante Lady trifft man noch auf den Promenaden und in größerer Zahl in den Spielfälen Monte Carlo, wo die passionierten Spieler, unbekümmert um den schimmernden Zauber des Meeres und der Palmengärten, Tage und Nächte mit gierigen Augen das Spiel der rollenden Kugel verfolgen. Der überladene Prunk des Kasinos paßt zu dieser Generation, die mehr und mehr einer anderen Platz macht, die das Leben in gesünderer, frischerer, sachlicherer Weise genießt: jenen jungen sportgestählten Göttern und Göttinnen, die die hellen heiteren Palmbeach-Kasinos mit ihren Schwimmbassins, ihren Gymnastikhallen und Sportterrains bevölkern, in flinken bunten Motorbooten in den blauen Buchten herumflitzen und im Tempo ihrer Zeit die wundervollen kühngebauten Autostrassen der Alpes maritimes unsicher machen. Diese Vorliebe für Sport und Körperkultur der modernen Generation hat an der Cote Azur eine Sommerfaison entstehen lassen, und neben den winterlichen Vergnügungen dienenden Kasinos sind schmucke sportbetonte Sommerkasinos erbaut worden. Auch in ihnen kann natürlich der Tanzwie der Spielleidenschaft ausgiebig gehuldigt werden. Man kann also nicht nur in Monte Carlo sein Geld verlieren.

Ja, der Fremde, mit einem ergiebigen Scheckbuch natürlich, ist der erklärte, umschmeichelte Favorit des ganzen Küstenstrichs von Marseille bis Rapallo. Für ihn verwandelt sich das felsige Land in einen blühenden Garten, wachsen aus unscheinbaren Nestern turbulente Städte auf, wird das steinige Meeresufer zu einem weichen Sandstrand gemacht. Das schloßartige Hotel auf Cap d'Antibes, dessen herrlicher südlicher Garten steil ins weißglitzende Meer abfällt, hat Stufen, Liegeplätze, kleine leichte Bassins und eine lustige Bastei zum Springen in den gelbrotten Felsen hauen lassen, und dienstfertige Geister schleppen eiligst bequeme braune Liegematrasen herbei, wenn sich die erlauchten Gäste nach dem Bad in der Sonne aalen wollen. In nächster Nähe dieser Faulenzerkasse befindet sich Telefonangelegenheit, damit die Hotelangestellten auch während der außerhäuslichen Siesta jederzeit zu ihrer Verfügung sein können.

Auf der Sonnenseite dieses Paradieses lebt aber nur eben der umhagte, kapitalkräftige Fremde und ein beschränkter Teil der Einheimischen. Gewiß, das Leben im Süden ist in jedem Falle unbeschwerter. Aber der soziale Unterschied zwischen der genießenden und der arbeitenden Klasse, zwischen den gepflegten glanzvollen Villenvierteln und den abbruchreifen Quartieren der Armut



Reparaturen an der Strandpromenade

ist doch so groß, daß neben der strahlenden Helle sich die dunklen Schattenseiten um so stärker ins Bewußtsein drängen. Schon auf der verwirrend eleganten Croisette sah man einzelne ärmliche Gestalten im Straßenbild, Zeitungsvendkerinnen, Strandphotographen, Bettler in abgerissenen Kleidern. In aller Morgenfrühe, wenn in den Grandhotels noch alles schlief, waren schon Straßenkehrer mit eigenartigen kleinen Handkarren auf den Beinen, Gärtner hatten schon den smaragdgrünen Rasen gesprengt und die dürren Fächer der Palmen entfernt. Aber am augenfälligsten er-

lebt man die Existenz dieser beiden Welten erst, wenn man aus der Atmosphäre der Fremdenviertel kommend die engen volkreichen Straßen des alten Cannes oder des alten Nizza betritt. Wenige Schritte voneinander die glänzende Fassade und die elende verwaahrloste Kehrseite — es kann keinen größeren Kontrast geben! Das alte Nizza ist wie ein Alpdrück: vierstöckige graue Häuser, feucht und ungesund, dunkle enge Gassen mit Wäsche verhängt und von Kinderlärm und dem Gefeiße in den kleinen vollgepfropften Läden erfüllt, Menschen und Häuser zusammengedrückt, daß man am Atmen behindert ist. Schmutz und Gestank. Nicht einmal malerisch ist es wie die ähnlichen Quartiere in Mentone und St. Remo.

Wie nun die kleinen Leute da unten leben und arbeiten? Nun, leben tun sie im allgemeinen etwas sorgloser als bei uns, weil die Sonne wärmer und stetiger scheint, das Essen reichhaltiger und der Wein so billig ist, daß auch der ärmste Arbeiter jede seiner Mahlzeiten damit begiebt. Auf der Avenue de la Victoire in Nizza kann man in den kleineren Cafés stundenlang bei einer Tasse Kaffee für 75 Centimes (12 Pf.) sitzen, und Austern sind keine so exklusive Delikatesse, als daß man sie nicht auch beim Straßenhändler essen kann. Aber sonst fliegen einem die gebratenen Tauben auch nicht gerade in den Mund, und man muß sich für seinen Verdienst ehrlich genug schämen. Da ist z. B. der *Chauffeur*, der die Fremden in den Autocars seiner Gesellschaft nach den verschiedenen Ausflugszielen zu fahren hat. Er ist meist von früh 1/9 bis abends 1/8 Uhr auf Tour, eine bestimmte Arbeitszeit gibt es nicht. Dafür sind ihm 20 bis 25 Franken (etwa 4 Mk.) Figum pro Tag garantiert, im übrigen muß er sich auf die Unsicherheit von Trinkgeldern verlassen. Unter den zahlreichen Hotelbediensteten spielt das Trinkgeldproblem begreiflicherweise eine überragende Rolle und erzieht zu einer unwürdigen Servilität und Unterwürfigkeit. Die 10prozentige Trinkgeldablösung beginnt sich jedoch bereits auch hier schon durchzusetzen. Die Köche und Portiers, die sich als kleine Pensions- oder Hotelpächter selbständig machen wollen, haben so hohe Pachten zu zahlen, daß sie trotz harter Arbeit, oft unter Verzicht auf jede andere Hilfe als ihre Ehefrau, kaum auf ihre Kosten kommen. Dies scheint kaum glaublich, denn es sieht aus, als sei die halbe Riviera für einen Pappenstiel zu haben, ein solches Ueberangebot an vermietbaren und verkäuflichen Häusern und Terrains ist da. Die Bauspekulation hätte in einer Zeit wilden Projektmachens offenbar die Zahl der reichen Leute, die durch die Wirtschaftskrisen in fast allen Ländern dezimiert worden ist, gewaltig überschätzt.

Da Schwerarbeit auch ästhetisch kein Genug ist, wird den äkzteren Gäiten der Anblick der in der Sonne und beim Asphaltguß schwitzenden Straßnarbeiter gern erspart. Diese Arbeiten, wie auch das mühevoll Erneuern der gärtnerischen Anlagen, die in der Sommerhitze vollständig versengen und ihre ganze Schönheit in den Wintermonaten entfalten, werden außerhalb der Saison ausgeführt. Der Straßenbau liegt in den Händen italienischer Arbeiter, die zu Zehntausenden aus dem Lande Mussolinis auswandern, teils aus Gründen des Arbeitsmangels, teils aus



Gärtner bei der Arbeit

politischer Opposition. Bei allem Fleiß kommen sie als Erdarbeiter nicht höher als 5 bis 6,50 Mk. den Tag. Die Gärtner haben ähnliche, z. T. noch geringere Löhne. Man kann sich einen Begriff von der Ausbeutung mancher Besitzungen machen, wenn man hört, daß z. B. *Mistress W.* aus Kanada in ihrem Park oberhalb Juan les Pins 24 Gärtner beschäftigt! Dieser entzückende Park ist aber auch ein wahres Museum der subtropischen Flora! Fleischige Agaven mit ihren häuslichen Blütenkandelabern, moosgrüne Sonnenschirmplinten, zartgliedrige rötlich leuchtende Pfefferbäume,

Mimosas, herrliche Palmengemplyare, originelle Riesenkakteen und dann Blumen über Blumen, Leukojen, Rosen, Heliotrop und Skapiosen. Welch unfägliche Mühe das kostet, den steinigten Bergabhang, der so sandig und trocken ist wie unser Grunewald, in einen solchen Paradiesgarten zu verwandeln! Die berühmten Blumenkulturen Monte Carlos und Nizzas ziehen in großer Zahl ausländische Gärtner heran, die als Dolontäre in diesen duftenden Gefilden gern eine Zeitlang arbeiten. Von der Parfümstadt Grasse dehnen sich unabsehbar bis an die Küste blühende Felder, Jasmin



Arbeiter mit Straßenkehrmaschine

und Rosen. Wenn man im Auto an ihnen vorbeigeleitet und den süßtrömenden Geruch in sich hineinzieht, scheint es die poetischste Sache von der Welt, hier zu leben und zu schaffen. Es ist aber für die kleinen Besitzer eine harte Schinderei, denn das Bewässern, Düngen und das Einsammeln der kleinen Blüten ist so mühevoll wie jede andere landwirtschaftliche Tätigkeit, die Pachten sind wucherisch hoch und die Parfümfabriken, die selbst große Ländereien aufgekauft haben, drücken rücksichtslos die Preise.

Die niedrigen Löhne zwingen den Arbeiter in seinen Ansprüchen an Kleidung und Wohnung zu größter Bescheidenheit. Mühe und Halstuch ersetzen ihm auch Sonntags Hut und Kragen und auch bei den Frauen des Volks — abgesehen von den kleinen Schneiderinnen und Modistinnen — vermißt man den französischen Schick durchaus. Sie sind zumeist sparsame und fleißige Hausfrauen und da ihre Wohnungen keinerlei Komfort und oft keine Wasserleitung haben, waschen sie in den kleineren Orten ihre Wäsche gemeinsam auf uralte, primitive Weise in dem sogenannten „Cavoir“, eine gemauerte, überdachte Wasserstelle, der ein kleiner Fluß oder Bach sein frisches, fließendes Maß spendet. Frauenarbeit ist in Frankreich noch verbreiteter als bei uns, auch in der Angestellten- und Beamtenerschaft und viele Ehegründen sich auf das Mitverdienen der Frau. Wenn ein mittlerer Postbeamter monatlich brutto 200 Mk. verdient und seine Frau als Postbeamtin 170 Mk., so können sie auch als Doppelverdiener in dem teuren Cannes keine großen Sprünge machen.

Die niedrigen Lohnsätze sind natürlich eine Folge der sehr mangelhaften gewerkschaftlichen Organisation, die mit deutschen Verhältnissen überhaupt nicht zu vergleichen ist. Am besten organisiert ist noch das Personal öffentlicher Dienste, also die Arbeitnehmer der Kommunen und des Staates. Ist der Franzose ohnehin mehr dem Familienindividualismus als kollektivistischem Leben zugeneigt, so ist der Südländer obendrein sorgloser und indolenter als der Bewohner unwirtlicherer Landschaften. Naturfreunde-, Arbeiter-Sportorganisationen und so etwas Kulturstrebiges, nein das gibt es fast gar nicht. Die Männer gehen Sonntags angeln, spielen Boule, trinken plaudernd in kleinen Kneipen ihren Aperitiv und lesen wenns hoch kommt, das sozialistische Parteiblatt, den „Populaire“. Wenn sie als Fischer, Straßnarbeiter, Gärtner das Mittagsmahl mit der obligaten Flasche Rotwein zu 2 Franken hinter sich haben, legen sie sich im Schatten einer Conröhre oder Erdhaufens in ihrer groben Arbeitskluft zu einem kurzen Schläfschen einfach rücklings auf die sonnerwärmte Erde und beneiden den weißgekleideten Engländer vielleicht gar nicht so sehr, der sich unweit von ihnen sonnenschirmbeschützt in einem bequemen Strandstuhl räkel. Ihre große Anspruchslosigkeit, die Cassale der Arbeiterklasse so heftig vorgeworfen hat, verhindert hier wie überall, die Milderung der sozialen Gegensätze, die in dem wundervollen Frühlingsparadies, das sich der Reichtum der Welt als internationalen Treffpunkt erkoren hat, schroffer und unerträglich sein müßten als irgendwo. M. Hartig.

Todeskampf der Freiheit

XII.

In der Hauptstadt war der Aufstand zum Sprunge bereit. Er war in den Geistern. Ein wichtiger Anlaß konnte ihn zum Ausbruch bringen. Die parlamentarische Opposition hatte die Sezession aus der Kammer beschlossen. Filippo Turati sprach von dem Ermordeten vor den hundertsechszwanzig Abgeordneten des Volkes. Er sprach Worte, die der Ewigkeit würdig sind. Wer durch die Straßen Roms ging, der sah in jedem Blick die Erwartung einer entscheidenden Tat. Alle Straßen, die zum Tiber führten, wimmelten von Menschen. Das Volk erwartete, daß die Abgeordneten der Opposition alle zusammen das Parlament verlassen, um an den Kai Arnaldo da Brescia zu gehen, an die Stelle, wo Matteotti überwältigt worden war, und wo eine fromme Hand ein Kreuz an die Mauer gezeichnet hatte, vor dem seit vierzehn Tagen Andacht gehalten wurde. Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder bedeckten mit Blumen und Tränen diese symbolische Grabstätte.

Aber die Parlamentarier waren der Ansicht, daß die Kraft der Opposition in der Gesetzlichkeit läge, in jener Gesetzlichkeit, die die Regierung mit Füssen trat. Und so fing die Schlacht an, eine dramatische Schlacht, in der die Gerechtigkeit besiegt wurde durch die Gewalt. Sechs Monate hindurch beherrschte die Affäre Matteotti das ganze Leben der Nation. Die Straße hatte sich der Sache bemächtigt, und es war nicht leicht, ihrer Meister zu werden. Wenn die Bevölkerung nicht durch die große Illusion genarrt worden wäre, die darin bestand, von der Monarchie etwas anderes zu erwarten als den Schutz der Reaktion, wäre die Diktatur niedergeworfen worden.

Aber das Volk war entwaffnet. Sobald die erste Panik vorüber war, rüstete sich der Faschismus für eine Entscheidungsschlacht und ging schnell aus der Defensive zur Offensive über.

Jetzt ließ man jede Maske fallen. Jetzt fand Mussolini die Sprache des Bandenführers wieder und rebete davon, die Opposition auszurufen. Im Laufe des Juli hatte er schon vom König zwei Dekrete erlangt, durch die die Presse geknebelt wurde. Jetzt konnte er lachen über die Opposition der früheren Ministerpräsidenten Giolitti, Orlando, Salandra und der Generale Giardino und Zupelli, die, zwar spät und schwächern, ihre Verantwortlichkeit von der des Faschismus trennten. Er konnte sogar über den Rücktritt der drei konservativen Minister lächeln, die er bisher in seinem Kabinett geduldet hatte.

Die Unterstützung des Königs bot ihm Gewähr für die Treue des Heeres, während die Neuorganisation der Miliz es ihm erlaubte, dem ganzen Lande Trost zu bieten.

Und nun fing die Derherrlichung des Verbrechens an, von dem er erst gesagt hatte, daß es ihn mit Entsetzen erfüllte. Nunmehr galt es um jeden Preis den Prozeß gegen die Mörder Matteottis zu ersticken. Da die Faschisten wieder Herren der Straße waren und die Richter den Drohungen der Exekutivgewalt weichen mußten, war nichts weiter nötig, als die Presse zu knebeln und dann einem gut ausgestatteten Geschworenengericht eine offizielle Auslegung des Verbrechens aufzuzwingen.

Am 28. Dezember 1924 hatte die Oppositionspresse den Wortlaut des Memorandums von Rossi veröffentlicht. Das war ein fürchtbares Dokument, das zwar wenig Licht auf die Affäre Matteotti warf, aber vernichtende Beweise gegen das Regime und sein Oberhaupt für alle anderen Gewalttaten erbrachte, vom Marsch auf Rom an bis zur Ermordung des sozialistischen Abgeordneten.

Diesem Zustand mußte ein Ende gesetzt werden.

Am 3. Januar bestieg Mussolini die Tribüne des Parlaments. Nachdem man hier aus seinem Munde die Sprache der Angst gehört hatte, sollte man jetzt die der herausfordernden Frechheit vernehmen. Der Premierminister konnte sich auf den König verlassen, auf seine Mehrheit, auf das Heer und vor allem auf seine Miliz. Er hatte niemand mehr zu fürchten außer der öffentlichen Meinung. Am Tage vorher hatten drei seiner Minister — drei Konservative — ihr Amt niedergelegt. Das konnte eine parlamentarische und eine Verfassungskrise nach sich ziehen.

Gegenüber diesem Rücktritt der drei Minister unter den obwaltenden Verhältnissen und in diesem Augenblick hätte der König Mussolini auffordern können, von der Regierung zurückzutreten. Statt dessen autorisierte er ihn, das Kabinett nach Gutdünken umzugestalten.

Mussolinis Rede vom 3. Januar stützte sich auf drei Punkte. Befand sich unter der Opposition ein Abgeordneter, der sich anheißig machte, ihn auf Grund des Artikels der Verfassung, der die Versetzung eines Ministers in Anklagezustand vorsieht, unter Anklage zu stellen? Wenn ja, so soll er es tun.

Die Opposition, die an den parlamentarischen Arbeiten nicht mehr teilnahm, hob den ihr hingeworfenen Handschuh nicht auf. Wozu auch? Mussolini vor seiner eigenen Mehrheit anzuklagen, hätte zu nichts anderem geführt, als ihm einen billigen Freispruch zu verschaffen.

Wenn aber diese Anklage ausblieb, so mußte man — und das war der zweite Punkt der Rede Mussolinis — mit der Pressekampagne und mit den Gerüchten der Straße aufräumen, und zwar innerhalb vierundzwanzig Stunden. Das bedeutete die Verkündung der Zensur für die Presse und die Schaffung des Polizeistaates.

Schließlich nahm Mussolini alle geschichtliche, politische und moralische Verantwortung für die faschistischen Verbrechen auf sich, hütete sich aber wohl, dies auch für die strafrechtlich zu tun.

Nun wohl, wenn der Faschismus nur eine Verbrecherbande war, so wart er deren Führer!

Aber an wen wendete sich diese Trugrede? An das Volk? Keineswegs, nur an eine Mehrheit von Statisten.

Achtundvierzig Stunden nach dieser Rede, die in gewissem Sinne Mussolinis 2. Dezember bedeutete, traten die Pressedekrete in Kraft.

Als unvermeidliche Folge der Rede vom 3. Januar 1925 ergab sich eine neue Verschärfung der Gewalt. Denn nunmehr war allein die Gewalt berufen, das Land unter das schwere Gesetz der Diktatur zu beugen, die jetzt den heuchlerischen Schein der Gesetzlichkeit und Verfassungstreue fallen ließ, um offen den Weg der Willkür zu beschreiten.

Also los auf die Gegner!

In der Nacht vom 21. Juli 1925 rast ein Auto auf dem Weg zwischen Montecatini und Pistoia. In ihm sitzt ein Mann mit ersten Zügen, mächtig, breitschultrig, hünenhaft. Der Ausdruck seines Mundes, die Strenge des Blicks, alles zeigt, daß ihm schwer ums Herz ist. Dorne auf dem Auto sitzen zwei Milizleute. Schwarzes Hemd, Gewehr auf der Schulter, Dolch im Gürtel, ein unheilvolles Lächeln auf den Lippen.

An einer Straßenkreuzung muß das Auto stehenbleiben. Jemandem Hindernis versperrt ihm den Weg. Und nun bricht aus einer Hecke eine Horde hervor, fällt über den Reisenden her, schlägt auf ihn ein, mit Knüppeln, mit Fäusten, mit Gewehrkolben. Schlag auf Schlag faßt nieder. Die faschistische Miliz ist verschwunden ...

Durch das tiefe Schweigen der Nacht tönt das Gebüll: „Nieder mit ihm, schlägt ihn tot!“

Auf die Kissen des Autos zurückgesunken, röchelt der Reisende. Er blutet aus mehreren Wunden. Man hört ihn rufen: „Feiglinge, Feiglinge!“

Endlich lassen die Angreifer von ihm ab und verschwinden im Dunkeln, weil die Scheinwerfer eines Autos in der Nacht erscheinen. Der Ueberfallene bleibt benümmungslos liegen.

Wer ist er? Es ist Giovanni Amendola, früherer Minister der Kolonien, der Führer der verfassungstreuen Opposition. Am nächsten Morgen wird er seinem Freunde Cianca, dem Chefredakteur des „Mondo“, sagen: „Diesmal haben sie mich umbringen wollen wie Matteotti.“

Ach, leider haben sie nicht nur ihn töten wollen, sondern haben ihn auch getötet, denn Amendola ist am 7. April 1926 in Cannes an den Folgen des Ueberfalls von Montecatini gestorben.

Was hatte sich dort zgetragen?

Am 21. Juli war Amendola zur Kur nach Montecatini gekommen. Dabei hatte er keine Rechnung ohne die Faschisten gemacht. Seine Ankunft wurde sofort gemeldet, und die Schwarzhemden sammelten sich vor dem Hotel an.

„Nieder Amendola, nieder!“ wurde geschrien.

Von Polizei nicht einmal ein Schatten. Im Jahre 1925 hatte ein früherer Minister in Italien nicht einmal das Recht, gegen die Canaille geschützt zu werden. Als es Abend wurde, nahm die Manifestation erstere Formen an. Der Besitzer des Hotels bat seinen Gast, abzureisen. Sein ganzer Besitz, seine wirtschaftliche Existenz stehe auf dem Spieß. Der faschistische Abgeordnete Sforza mißachtete ein. Er verbürgt sich, daß Amendola unbehelligt nach Pistoia gelangen kann, wo er den Zug nach Rom erreicht. Ein Auto wird herbeigeschafft. Zwei Faschisten nehmen darin Platz. Inzwischen war alles zum Hinterhalt vorbereitet. So unternahm Amendola seine Fahrt in den Tod ...

Jetzt schläft er den ewigen Schlaf im Friedhof von Cannes. Auf seinem Grab kann man die Inschrift lesen:

„Hier ruht Giovanni Amendola und wartet, Den Lebenden zu Rasputen und Verhöhnung.“

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Wirtschaftskrise und Kollegenschaft

Es ist in letzter Zeit beobachtet worden, daß neben mutig kämpfenden Kollegen sich etliche durch Kleinmütigkeit und Besorgtheit um die Existenz der Gewerkschaften auszeichnen. Die Ereignisse der letzten Zeit, auf politischen wie gewerkschaftlichen Gebieten, geben diesen Gedanken reichlich Nahrung. Die Wirtschaftskrise legt sich lähmend auf manche gewerkschaftlich und politisch nicht fest genug entwickelte Arbeiterseele. Diese Wirtschaftskrise, deren Wellen bis an den gesicherten Arbeitsplatz heranrollen, bewirkt einen Zustand, der sowohl das eigene Selbstvertrauen wie auch das Vertrauen zur Führung fast auf Null herabdrückt. Der Lohnabbau mit den sehr wenig erfolgreichen Abwehrkämpfen schafft vielfach Gewitterstimmung. Diese Atmosphäre sucht Entladung und findet oft Abkühlung in kommunistischen oder nationalsozialistischen Gebieten.

Ist es nun recht, in der gegenwärtigen Lage den Gewerkschaften Unfähigkeit vorzuwerfen und zu sagen: ihr erfüllt unsere Erwartung nicht mehr? Gewerkschaften sind keine Gebilde, die auf Konjunktur angewiesen sind. Vielmehr sind es Einrichtungen, die mit zum lebensnotwendigen Bestand der Arbeiterklasse gehören. Gewerkschaften sind Kampforganisationen! Diese Behauptung darf jeder Leser prüfen. Aber jeder Zweifler sollte sich nicht von Gefühlen, sondern von geschehenen Tatsachen belehren lassen, dann wird er durch alle Zweifel zu derselben Feststellung kommen. Wollte sich jemand der Mühe unterziehen, diejenigen Kollegen aufzuzählen, die im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen materielle Opfer gebracht, die wirtschaftlich, beruflich, familiär ruiniert worden sind, die Namen dieser ehrlichen Kämpfer zusammengezählt, würde eine große Zahl ergeben. Wollte sich jemand der Mühe unterziehen, die Summen aufzuzählen, die die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit dem Unternehmertum abgerungen haben, und auf den einzelnen verteilten, es wäre nicht uninteressant. Soll ich an die Summen erinnern, die mit Hilfe gewerkschaftlicher Kraft durch Rechtsmittel zurückerobert worden sind. Es kann der Kampfcharakter der Gewerkschaften nicht bestritten werden. Der geschichtliche Weg hat Spuren hinterlassen, die selbst durch die schärfsten Anfeindungen von rechts und links nicht ausgelöscht werden können. Ueber die Methoden des Kampfes herrscht zweifellos auch in den Reihen der Arbeiterschaft nicht immer eine Meinung. Doch mit Revolver, Schlagringen, Knüppeln, Maulaufreißern und Maulzuspöpfen sind bis heute noch keine Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt worden. Wären solche nur Angelegenheiten des Mutes, der Energie und der brutalen Gewalt, die Welt gehörte schon längst der Arbeiterklasse. Die Grundlagen gewerkschaftlicher, aber auch aller anderen Erfolge im Leben beruhen nicht auf Mut, Energie und starken Lungen, sondern auf Taktik und geschulten Mitgliedern. Deshalb sind die Kampfplätze der Gewerkschaften nicht dunkle Großstadtgassen, nicht Rednerpulte bekränzt mit Hakenkreuzen und Sowjetsternen, nicht die Korridore der Arbeitsämter. Unsere Kampfplätze sind: Werkstätten und Betriebe, insbesondere Direktorenzimmer, Schlichtungszimmer, Arbeitsgerichtsäle und sonstige öffentliche Körperschaften. Hier im geistigen Ringen werden die Bausteine geschaffen, die notwendig sind, um das große Menschheitswerk, die Befreiung der Arbeiterklasse, höher und vollkommener auszugestalten. Die gegenwärtige Situation der Gewerkschaften gibt durchaus keine Veranlassung, an ihrer geschichtlichen Sendung zu zweifeln.

Es ist vielmehr nur ein Kampfstadium eingetreten, das aus der kapitalistischen Wirtschaftsform sich ergibt. Alle früheren Krisen, von denen die kapitalistische Wirtschaft schon seit mehr denn hundert Jahren periodisch heimgejagt wird, bestätigen nur wiederholt die Richtigkeit sozialistischer Theorien. Die Bindungen der einzelnen Unternehmungen zueinander sind heute stärker und fester als in früheren Zeiten. Die Entspannung der Wirtschaftskrise kann demzufolge nicht so schnell erfolgen. Aber dieses kapitalistische Wirtschaftssystem kann und wird niemals der Zukunft gehören. Aus dem Schoße dieser alten Gesellschaft wird eine neue geboren werden, die organisierte, die sozialistische Wirtschaft. Für Deutschlands Arbeiterschaft kommt noch ein politisches Moment hinzu, das ist der Ausgang der letzten Reichstagswahlen.

Diese Faktoren zwingen die Gewerkschaften, eine Verteidigungsstellung einzunehmen, die schwieriger ist als ein flott vorgetragener Angriff. Es darf heute keinen Arbeiter mehr geben, der sagt: wir haben doch weiter nichts mehr zu verlieren als unsere Ketten! Es stehen vielmehr jahrzehntelang errungene Erfolge auf dem Spiel. Stärker denn je muß die Massenschulung zu fördern Aufgabe der Gewerkschaften sein. Es gilt die gewonnenen Machtpositionen in Staat und Wirtschaft zu behaupten. Die gegenwärtige Lage erfordert von jedem Gewerkschafter Disziplin und unbeirrbares Glauben an unsere Bewegung. Denn nur im unbeirrbareren Weiterschreiten, im Mitwerben, im Mitkämpfen kann die Sache der Gewerkschaften gefördert werden. Das ist die rechte Art, Dienst zu tun an der Gewerkschaftsbewegung.

W. B u n d e l s, Königsberg i. Pr.

Normung der Gehälter?

Der Artikel des Kollegen Haak in Nr. 15 der „Gewerkschaft“ darf nicht unwidersprochen bleiben. So schön dieser Gedanke auch sein mag, so scheint mir doch, als ließe er sich schlecht in die von uns vertretene Lohntheorie einfügen. Und was das Wesentlichste ist, nie kann das der Weg sein, der uns aus dem Elend der heutigen Wirtschaft herausführt. Wenn Kollege H. sagt: „Um die Wirtschaft in Gang zu bringen, brauchen wir Geld“, so ist das doch nur bedingt richtig, denn die Ursachen der Krise sind doch nicht nur der Mangel an Geld, sondern es sind auch Faktoren, die schon Karl Marx gezeigt hat. Hinzu kommt noch für uns der Young-Plan und die zum Teil übernatürliche Rationalisierung. Um also aus der Krise herauszukommen, muß man versuchen, die Ursachen zu beseitigen. Sehen wir uns an wie das möglich ist. Die Faktoren, die Karl Marx uns zeigt, können und werden nur beseitigt, wenn wir von der kapitalistischen Privatwirtschaft zur sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft übergehen. Die beiden anderen von mir genannten Faktoren sind im Augenblick das Primäre, dem wir zu Leibe gehen müssen. Das kann aber nicht mit einem „Zehn-Stufen-Lohngesetz“ geschehen. Den Young-Plan zu ändern oder zu beseitigen wird unermüdliche, nicht mit Nazi- oder Kozigefehre verbrämte politische Arbeit kosten, wird Mittel und Wege erfordern, die auch für uns nicht leicht sein werden. Wichtiger noch als diese Aufgabe scheint mir die Frage der Rationalisierung zu sein. Ihre Durchführung erfordert enorme Kapitalinvestitionen. Da ist es richtig: „Die Wirtschaft braucht Geld“, aber andererseits ist die Sache doch die, daß die Nutznießer der Rationalisierung einzig und allein die Unternehmer sind. Der Arbeiter ist überflüssig geworden, er kann gehen. Ich bin kein Anhänger derjenigen, die da sagen, jeder technische Fortschritt ist zu verdammen, da er soundso viele brotlos macht, sondern ich betrachte den technischen Fortschritt als eine Wohltat für die Menschheit, die nur durch die Laissez-faire der Arbeiterschaft und die Brutalität des Unternehmertums zur Peitsche gegen den Arbeiter mißbraucht wird. Hier nun muß unsere Arbeit einsetzen. Unsere Parole muß nicht lauten, Kampf dem technischen Fortschritt, sondern Kampf für Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Nutzen, den der technische Fortschritt bringt. Der Vorschlag des ADGB zur Einführung der 40-Stunden-Woche ist hierzu der erste Schritt, dem weitere Kämpfe um Lohn, Urlaub usw. folgen müssen.

Der Vorschlag des Kollegen H., den Direktoren usw. anständige, aber keine Phantasiegehälter zu zahlen, ist mir sehr sympathisch, aber hat Kollege H. einmal überlegt, daß mit einem derartigen Zehn-Stufen-Lohngesetz dem Arbeiter sehr wenig geholfen ist und daß dadurch, was viel schlimmer ist, die schärfste Waffe der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, stumpf werden muß, daß diese dann mit der Zeit zu Unterstützungsvereinen herabsinken. Nein, Kollege H., wir sind und wollen Klassenkämpfer bleiben. Nicht Zehn-Stufen-Lohngesetz, sondern Stärkung der Partei und Gewerkschaft, quantitativ und qualitativ. Schärfsten Kampf dem Kapitalismus, für die 40-Stunden-Woche, für ausreichenden Lohn, für den freien sozialistischen Staat!

K. Knippenberg, Osnabrück.

Unsere Jugend

Aus der Arbeit der Jugendabteilung Berlin

Die größte Jugendabteilung in unserer Organisation ist die in Berlin. Wir haben gegenwärtig einen Mitgliederbestand von über 2095 Jugendlichen. Die Zusammenfassung erfolgt in 3 Jugendfachgruppen: 1. Gärtner, 85 Mitglieder, 2. Kommunalbetriebe, 320 Mitglieder, 3. Handels- und Transportbetriebe, 1690 Mitglieder. In der Jugendfachgruppe Gärtner sind alle Jugendlichen erfasst, die im Gärtnerberuf tätig sind; in der Jugendfachgruppe Kommunalbetriebe die aus den städtischen, staatlichen, Reichs- und sozialpolitischen Betrieben; die Jugendlichen des Transport- und Handelsgewerbes in der Jugendfachgruppe Handels- und Transportbetriebe.

In allen drei Jugendfachgruppen ist eine rege Agitations-tätigkeit und reges Gruppenleben vorhanden. Im letzten Geschäftsjahr hatten wir 53 Einzelveranstaltungen, die insgesamt von 3478 Jugendlichen besucht wurden. Im Durchschnitt waren auf jeder Veranstaltung 65 Teilnehmer. Dabei darf man nicht verkennen, daß wir praktisch erst von April 1930 ab daran gingen, systematisch Jugendarbeit zu treiben. Das Ergebnis befriedigte uns aber nicht. Im Rahmen einer Frühjahrswerbung der F.G.J., in der sämtliche Verbandsjugendgruppen aktiv tätig sind, wurde in der Zeit vom 1. März bis 1. Mai 1931 unter den noch nicht organisierten Jugendlichen unseres Organisationsgebietes eine rege Agitation für unseren Verband entfaltet. So fanden eine Reihe von Betriebsversammlungen statt, die durchweg gut besucht waren.

Den Abschluß der Frühjahrswerbung bildete eine Werbeveranstaltung am 23. April 1931 im „Saalbau Neukölln“. Vor über 500 Jugendlichen machte Kollege Rochowski, stellvertretender Bezirksleiter der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin, den Jugendlichen klar, wie weit sich die Gewerkschaften der wirtschaftlichen und geistigen Not der Jugendlichen angenommen haben, im Gegensatz zu den radikalen Parteien von rechts und links. In diesem Kampf um die Gewinnung der Jugend, so führte Kollege Rochowski aus, muß es oberste Pflicht der erwachsenen Kollegen sein, sich mehr als bisher den Jugendlichen in den Betrieben als Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Ein großer Teil der Jugendlichen hat den Weg zur Organisation schon gefunden. Es gilt jetzt, auch den letzten unorganisierten Jugendlichen zu gewinnen für die Einreihung in die Kampffront der Organisierten. Im Anschluß daran sprach Genosse Dr. München, ein guter Kenner Rußlands, einleitende Worte zu dem folgenden, künstlerisch wertvollen Rußlandfilm: „Der Kampf um die Erde.“ Den Abschluß der Werbeveranstaltung bildete der Sprech- und Bewegungschor der F.G.J., der das Sprechchorwerk „Streik“ in packender Weise zum Vortrag brachte. Mit dem Gesang der Internationale schloß die Werbeveranstaltung.

Dieser Abend hat uns wieder bewiesen, daß die Jugend trotz den Verlockungen von den radikalen Parteien von rechts und links sich nicht in den Glauben irre machen läßt, daß nur die freien Gewerkschaften, und in unserem Organisationsgebiet der Gesamt-Verband, der Schutzhort sind, unter dessen starken Flügeln sie Schutz finden vor den Angriffen des Kapitals. R. S. ö. h.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart am 26. April ergab die Wiederwahl des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Lautenschlager mit 161 334 Stimmen. Auf den Kandidaten der Nazis entfielen 25 814, auf den kommunistischen 21 247, Gegenüber der letzten Reichstagswahl verloren die Nazis 3444, die Kommunisten 13 349 Stimmen.

Der Volksentscheid über die Auflösung des Landtags in Lippe-De-mold brachte nicht die erforderliche Stimmenzahl. Für die Auflösung stimmten 35 032 Wähler. Erforderlich waren aber 54 000 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß beim Volksentscheid noch 3000 Stimmen weniger abgegeben wurden, als Einzeichnungen zum Volksbegehren vorhanden waren.

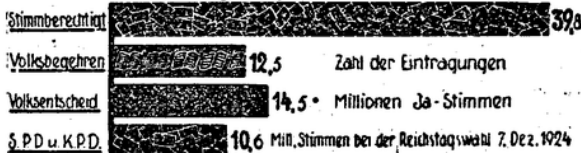
Oberbürgermeisterwahl in Magdeburg. Die Stadtverordneten wählten am 29. April den Berliner Stadtrat Reuter (SPD.) zum Oberbürgermeister und den Magdeburger Stadtrat Goldschmidt (Dem.) zum zweiten Bürgermeister.

Die Raftkundgebungen der Gewerkschaften, die vielerorts gemeinschaftlich mit der SPD. erfolgten, waren im ganzen Reich sehr stark. In Berlin haben selbst bürgerliche Blätter die Teilnehmerzahl an der Vormittagskundgebung auf 150 000 bis 200 000 angegeben.

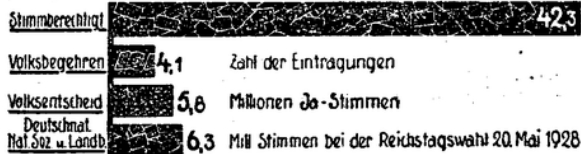
Aus Politik und Volkswirtschaft

Das Volksbegehren zur Auflösung des Landtages in Preußen. Die Rechtsopposition in Preußen verlangte unter Führung des Stahlhelms die Durchführung eines Volksbegehrens, mit dem Zwecke der Auflösung des Preussischen Landtages. Begründet wurde dieser Auflösungsantrag damit, daß bei der letzten Reichstagswahl die jetzigen Regierungsparteien Preußens keine Mehrheit erzielen konnten. Nach den vorläufigen Angaben des Bundesamtes des Stahlhelms haben sich für das Volksbegehren zirka 6 Millionen Stimmberechtigte eingetragen. Die Zählung der Eintragungen obliegt zunächst dem Antragsteller. Erst 8 Wochen nach Abschluß des Volksbegehrens muß das Material dem Staate übergeben werden, der dann eine Nachprüfung vornimmt. Bestätigt diese das Resultat, so wird dann der Volksentscheid durchgeführt. Wie unser Schaubild zeigt, haben bei den bisher im Reich durchgeführten Volksentscheiden nicht wesentlich mehr Anhänger mit Ja gestimmt, als sich vorher für das Volksbegehren eintrugen. Um den Volksentscheid in Preußen anzunehmen, wären zirka 13,2 Millionen Stimmen notwendig, also 2 1/2 mal soviel, als sich für das Volksbegehren eintrugen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen, dürfte diese Zahl nicht erreicht werden können.

Für die Fürstenenteignung



Gegen den Youngplan



Für die Auflösung des Landtages in Preußen



Aus den deutschen Gewerkschaften

Eine Warnung an die Reichsregierung. Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes haben am 23. April an den Reichskanzler, Dr. Brüning und an das Reichskabinett folgende Kundgebung gerichtet:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft Ausdruck. — Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Linderung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigterem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft. — In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtiger Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll. — Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Entlastungskommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienens

erwartet werden kann. — Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vorbringliche Pflicht des Staates. Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personentreffes in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beiträge- und Etatmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen. — Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Rentenversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungszweige zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten. — Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber fastlich in allen Punkten ablehnen. Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in Frage kommt, ist dringend erforderlich. — Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmererschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Beunruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unzulässigen Tatsachen bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.“

Aus unserer Bewegung

Dresden. In der Generalversammlung am 29. April 1931 gab Kollege Kurpat den Geschäftsbericht. Der soziale Notstand ist in Sachsen größer als in anderen Reichsgebieten. Die Arbeitslosenzahl steht zur Zahl der Bevölkerung in einem viel größeren Verhältnis als im Reichsgebiet. Für Dresden liegt die Prozentzahl besonders hoch. Arbeitslosigkeit ist der schärfste Ausdruck der Krise; kein Wunder also, daß der Krisendruck auch auf dem Gesamt-Verband außerordentlich stark lastete. Viel Zeit mußte zu den Verhandlungen über Arbeitszeitregelungen aufgewendet werden. Diese Verhandlungen waren nach zwei Seiten hin charakterisiert. Einmal mußte in diesem oder jenem Betrieb zur Kurzarbeit geschritten werden, um Entlassungen zu vermeiden. Auf der anderen Seite wurde nichts unversucht gelassen, um Kurzarbeit zur Freimachung von Arbeitsplätzen herbeizuführen. — Bei der Straßenbahn A.-G. und in den städtischen Großbetrieben ist das Letztere gelungen. Leider konnten die bei der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke A.-G. anhängig gemachten Verhandlungen nicht abgeschlossen werden. Um Entlassungen größeren Umfangs zu vermeiden, stimmte die Organisation der frühzeitigen Inruhestandsverfugung der über 60 Jahre alten Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner zu. Es wurden bei der Straßenbahn A.-G. 80 Kollegen und bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken A.-G. 142 Kollegen in den Ruhestand versetzt. Als neue Gruppe der Organisation sind die Tankstellenwärter zu betrachten, die in immer stärkerer Zahl in Erscheinung treten. — Zur Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen ist ein erhebliches Stück Arbeit geleistet worden. Die genauen Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Bis jetzt ist von 105 Betrieben mit 395 Betriebsräten und 16 Betrieben mit 16 Betriebsobleuten Meldung erstattet worden. Aus diesen Meldungen ist zu ersehen, daß die Nationalsozialisten nirgends einen Erfolg verzeichnen konnten und daß der kommunistische Einfluß auch in diesem Jahre ganz wesentlich zurückgedrängt werden konnte. Unter den über 400 Betriebsräten und Obleuten sind noch nicht einhalb Duzend der RGO. angehörende Betriebsräte zu verzeichnen. — Ueber das Bildungswesen des Verbandes konnte nur Gutes berichtet werden. In der Berichtszeit wurde das für den Winter aufgestellte Programm in seinem zweiten Teile erfolgreich abgewickelt. Der Kursus „Einführung in die elementare Elektrizitätslehre“ nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Für die Postmechaniker, für die im Gesundheitswesen Beschäftigten und für die Gärtner wurden Sonderbildungskurse abgehalten. Der Zyklus „Das moderne Weltbild“ wurde beendet. Ihm schloß sich eine Arbeitsgemeinschaft an, die ebenfalls sehr anregend verlief. — Am Ende des 1. Quartals betrug die Mitgliederzahl 22762. Im Auftrage der erweiterten Ortsverwaltung legte Kurpat am Schlusse seines mit großem Beifall aufgenommenen Referates folgende Entschließung vor, die von der Generalversammlung einstimmig angenommen wurde:

„Die am 29. April 1931 im großen Saale des Volkshauses tagende Generalversammlung des Gesamt-Verbandes bringt ihre Empörung über die Erhöhung der Brotpreise mit aller Schärfe zum Ausdruck. Sie empfindet die Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen in dieser Zeit als eine nicht zu überbietende Herausforderung. — Die Haltung des Generalrates des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Hamburg, und die Stellungnahme des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, sowie das entschiedene Vorgehen des Vorstandes des ADGB. in der Brotpreisfrage werden auf das lebhafteste begrüßt. Die Generalversammlung richtet die Aufmerksamkeit aller Unorganisierten auf dieses Vorgehen der 3 Instanzen und hofft, daß die der Gewerkschaftsbewegung noch fernstehenden Kollegen erkennen, wie notwendig es ist, sich als Konsument, als Staatsbürger und als Arbeitnehmer zu organisieren. — Die Generalversammlung nimmt auch mit der gleichen Schärfe Stellung gegen die im Haushaltsplan-Entwurf der Stadt Dresden vorgezeichnete 350proz. Erhöhung der Kopfsteuer. Ihre Durchführung würde eine höchst unsoziale Maßnahme darstellen, mit der die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung auf ein unerträgliches Niveau herabgedrückt würde. Die Folgen solcher Maßnahmen können heute kaum übersehen werden. — Die Versammelten stellen sich geschlossen hinter den ADGB. und fordern entschiedene Herabsetzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Einstellung von langfristigen Erwerbslosen.“

Den Kassenbericht erstattete der Kollege Richter. Einer Einnahme von 260 088,12 Mk. stand eine Ausgabe von 268 566,33 Mk. gegenüber. An Hauptunterstützungen wurden gezahlt: Erwerbslosenunterstützung 39 117,05 Mk., Krankenunterstützung 42 452,85 Mk., Todesfallunterstützung 5793,50 Mk., Invalidenunterstützung 6816,25 Mk., Streikunterstützung 38 646,75 Mk., die Rechtschutzkosten betragen 2686,63 Mk., die Bildungsausgaben betragen 2955,45 Mk. In der Berichtszeit wurden wiederum die erwerbslosen Kollegen mit einer Nahrungsmittelspende bedacht. Es erhielten 2538 Arbeitslose ein Lebensmittelpaket. Dafür wurden aus Ortsmitteln 8647,80 Mk. aufgewendet.

Halle a. d. S. Der Vertreterversammlung am 25. April 1931 gab Kollege Thiem den Geschäftsbericht vom 1. Quartal. Er stellte fest, daß der Gesamt-Verband in Halle a. d. S. zurzeit über 500 erwerbslose Mitglieder registriert. Ein großer Teil dieser Erwerbslosen ist bereits ausgesteuert und die Notlage wird immer größer. Weiter wurde berichtet, daß im 1. Quartal 1931 alle Branchentarifverträge durch die Arbeitgeberverbände zwecks Lohnabbau gekündigt wurden. Der Lohnabbau wurde teilweise durch die staatlichen Schlichtungsausschüsse und zum Teil durch Vereinbarungen zwischen beiderseitigen Organisationen festgelegt. Im Durchschnitt beträgt der Lohnabbau 5 Proz. Dort, wo noch über 48 Stunden pro Woche gearbeitet wurde, ist es der Organisation gelungen, mit Hilfe der einzelnen Betriebsvertretungen Vereinbarungen zu treffen, die die Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche festlegen. Das trifft auch für die Betriebe zu, wo in Wechselschicht noch über 48 Stunden pro Woche gearbeitet wurde. Die Betriebsratswahlen fielen sehr günstig für die Organisation aus. Nur in zwei Betrieben war es der RGO. möglich, ein und zwei Sitze im Arbeitererrat zu erhalten. Die Mitgliederzahl ist trotz der schlechten Wirtschaftslage stabil geblieben. Sie befreit sich am Schlusse des 1. Quartals auf 5200. Die „Fakulta“ (fakultative Unterzeichnungseinrichtung für die Kraftfahrer und Straßenbahner) hat in Halle 536 Mitglieder. Die „Rentka“ 138 und die „Wika“ 303 Mitglieder. Die Vertreterversammlung nahm noch einen Antrag an, wonach die Ortsatzung dahingehend geändert wird, daß außer der Ortsverwaltung noch ein engerer Ortsvorstand gebildet wird. In diesen Ortsvorstand sind die drei Angestellten der Organisation und vier ehrenamtliche Funktionäre vertreten. Den Kassenbericht erstattete Kollege Oelschläger. Er konnte berichten, daß sich der Bestand der Ortskasse im letzten Quartal noch gesteigert habe, obwohl die große Zahl der Erwerbslosen in der Einnahme durch Ausfall der Mitgliedsbeiträge sich bemerkbar machte. In der regen Diskussion wurde auf die Beschickung der Bundesschule in Bernau und den Schulungskursus des ADB. in Weimar hingewiesen.

Heilbronn. Seit dem Zusammenschluß der beiden Organisationen können wir von einem stetigen Aufstieg und von einer guten inneren organisatorischen Festigkeit reden. Ist doch von Quartal zu Quartal der Mitgliederstand trotz Krisen- und Wirtschaftsnote dauernd gestiegen. Unser Markenumsatz von 9217 im 1. Quartal 1930 stieg auf 12 087 Beiträge im 1. Quartal 1931. Dieser Steigerung wurde auch die nötige Beachtung bezüglich der organisatorischen Vertiefung beigegeben. Auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Lebens wurde die höchste Aktivität entwickelt, und zwar auf dem Gebiet des Bildungswesens, der Betriebsrätebewegung und im Ausbau der einzelnen Gruppen. Ein guter Funktionärkörper konnte nur ein solches Ergebnis zeitigen. Es war für einen alten Gewerkschafter ein Gefühl der Sicherheit, als Kollege Schwan in der Vierteljahresgeneralversammlung von einem neuerlichen Aufstieg berichten konnte. Wenn auch einzelne Gruppen organisatorisch besser stehen sollten, so ist doch als Ganzes gesehen ein großes Stück Arbeit geleistet worden. Es wird Aufgabe sein müssen, noch viel mehr als es bisher der Fall war,

unser Kollegenschaft in die Grundprinzipien gewerkschaftlicher Tätigkeit einzuführen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben auch unsere Organisation nicht verschont. Das brutale Vorgehen der Unternehmer löste eine Reihe von Arbeitsgerichtsstreitigkeiten aus, deren Ergebnisse zum größten Teil für die Kollegenschaft von Erfolg waren. Die jetzigen Lohnabbaumaßnahmen haben in der ganzen Kollegenschaft große Erbitterung hervorgerufen. Wir werden deshalb rüsten, um zu gegebener Zeit vorstoßen zu können.

Magdeburg. In der Generalversammlung am 24. April 1931 referierte Kollege Dr. Hertneck vom Verbandsvorstand über: „Noch immer Wirtschaftskrisis!“ Den Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 1. Quartal 1931 erstattete Kollege Kuhner. Durch die Kündigung sämtlicher Lohnsätze seitens der Unternehmer auf Lohnabbau wurden in der Berichtszeit 23 Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht, die sich auf 402 Betriebe mit 5854 beteiligte Berufsangehörige erstreckten. Die Forderung der Unternehmer auf Lohnabbau bewegten sich allgemein zwischen 10 und 20 Proz. Durch Schiedsprüche und teilweise durch Vereinbarungen wurden die unerhörten Forderungen der Unternehmer in ihrer Höhe abgewehrt und die Lohnbewegungen mit einem Lohnabbau von 4 bis 6 Proz. zum Abschluß gebracht. Die Lohnbewegung der Kollegen Glasreiniger konnte erst nach sechswöchigem Streik beendet und mit einem Teilerfolg für die Beschäftigten abgeschlossen werden. Die Betriebsrätemahlen brachten einen besonders scharfen Kampf mit der RGO. Diese hat besonders im Betriebe der Straßenbahn eine große Niederlage erlitten und von ihren bisherigen vier Sitzen vom Vorjahre drei verloren. Mit Mühe und Not konnten sie knapp einen Sitz retten. In einigen anderen Betrieben war es diesen Schädlingen der Arbeiterschaft auch nur möglich, vereinzelte Sitze in den Betriebsräten durchzubringen. Infolge dieser Quertreibereien bei den Betriebsrätemahlen mußten einige Mitglieder, die sich als Kandidaten auf die gegnerischen Listen aufstellen ließen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Die Mitgliederzahl hat sich trotz der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit um sieben Mitglieder erhöht und betrug am 31. März 1931 8152. — Im Anschluß an den Geschäftsbericht erstattete Kassierer Mattern den Kassenbericht. Die Einnahme im 1. Quartal 1931 betrug insgesamt 88 793,21 Mk. Die Ausgabe der Lokalkasse betrug 30 373,93 Mk. An die Hauptkasse wurden 55 123,66 Mk. in bar und Belegen abgeführt. Der Lokalkassenbestand erhöhte sich von 24 993,06 Mk. auf 28 288,68 Mk. am Schlusse des 1. Quartals.

RUNDSCHAU

Der Kapitalismus am Scheidewege — Lohnabbau und Arbeitszeit. Im Verlag Hans Oldenburg, Lübeck, ist eine außerordentlich lesenswerte Broschüre unter dem Titel „Der Kapitalismus am Scheidewege“ erschienen. Als Verfasser zeichnet Heinz Dietrich. Wie verlaute, verbirgt sich hinter diesem Pseudonym ein bekannter Großindustrieller. Die Schrift zeichnet sich durch eine energische Beweisführung aus, sie kommt zu dem Schluß, daß der Lohnabbau die Arbeitslosigkeit nur noch verhängnisvoll verschärfen kann und daß eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit notwendig ist. Nach eingehender Untersuchung der Grundlagen der Arbeitsmarktkrise sagt er die Ursachen der Krise wie folgt zusammen:

1. Der deutsche Inlandmarkt ist für die deutsche Gesamtwirtschaft unendlich viel wichtiger als der Weltmarkt. Infolge der Arbeitslosigkeit ist die Kaufkraft von Millionen Menschen in Deutschland fast vernichtet, der Inlandmarkt daher sehr viel weniger aufnahmefähig geworden als früher. Dieser Zustand wird solange dauern und in dem Ausmaß bestehen bleiben wie die Arbeitslosigkeit anhält.

2. Der Weltmarkt ist für deutsche industrielle Fertigwaren auf Jahre hinaus bedeutend enger geworden durch das Ausfallen von großen Märkten wie Rußland und China, vor allem aber durch das Aufkommen neuer Fertigwarenindustrien in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern, die uns nicht nur als Abnehmer verlorengegangen sind, sondern uns schon auf dem Weltmarkt merklich Konkurrenz machen, zum Teil sogar nach Deutschland selbst vordringen.

3. Die deutschen industriellen Werke sind hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit mit Rücksicht auf den verengerten Markt meistens viel zu groß angezogen und technisch so weit entwickelt, daß sie trotz aller Betriebszusammenlegungen und Arbeiterentlassungen in absehbarer Zeit nicht voll beschäftigt sein werden und daher neue Arbeitskräfte nicht werden einstellen können. Dabei geht die Rationalisierung weiter und die Technik entwickelt sich in täglich rasender werdendem Tempo, wodurch immer mehr Arbeitskräfte entbehrlich werden.

4. Die erwerbsfähige Bevölkerung Deutschlands wird auf Jahre hinaus infolge natürlicher Bedingungen jährlich noch um Hunderttausende anwachsen, obgleich schon für die heutige keine Aussicht mehr auf volle Beschäftigung besteht.“

Die Schrift führt eine große Zahl markanter Beispiele für die Ausgestaltung des technischen Arbeitsapparates an und kommt zu dem Schluß, daß „Kapazitäten geschaffen wurden, die bisher noch in keinem Jahr ausgenutzt werden konnten und für die es auch in aller Zukunft kaum eine volle Ausnutzung geben wird“.

Sie sagt weiter: „Es ist schon richtig, die Technik läuft rascher als der Konsum. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß ungefähr alle Industrien dazu beigetragen haben, die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat answellen zu lassen.“ Der Verfasser glaubt auch, daß die Großbanken erheblichen Einfluß auf die Führung der einzelnen Unternehmungen gewonnen haben und dadurch einen stärkeren Druck zur Rationalisierung ausüben, oft bei Werken, die es aus eigenem Antrieb noch nicht hinreichend getan hatten. Das Fazit des Rationalisierens sei: „Ein Arbeitslosenheer von nie gekannter Größe steht als industrielle Reservearmee Gewehr bei Fuß mit der enternenden Ueberzeugung, niemals wieder voll in den Produktionsprozeß eingesetzt werden zu können, und auf Jahre hinaus werden wir leider mit diesem Millionenheer rechnen müssen.“ Es wird verwiesen auf das natürliche Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung und gesagt: „Wollten wir tatlos dieser Entwicklung zusehen, so würden wir sehr bald einen genial durchdachten Produktionsapparat mit einer Leistungsfähigkeit von nie gekanntem Ausmaße haben, der zu seiner Bedienung nur noch eines Minimums von Menschen bedürfte.“ Der Verfasser faßt das Ergebnis seiner Untersuchungen in einer Reihe von Leitsätzen zusammen, deren wesentliche folgendes bejagen:

„Die Arbeitszeit ist in allen industriellen, Verkehrs- und Handelsunternehmungen für Arbeiter und Angestellte radikal so weit zu verkürzen, daß wenigstens das Gros der Arbeitslosen dadurch wieder in den Produktionsprozeß eingestellt werden kann, und zwar ohne Rücksicht auf eine etwaige Beeinträchtigung der Rente der betreffenden Unternehmungen. Wo bei verkürzter Arbeitszeit ein Lohnausgleich von der Unternehmung getragen werden kann, sollte er bewilligt werden; wo das nicht möglich ist, müßten sich die Arbeitnehmer mit einer vernünftigen Lohn- und Gehaltskürzung im Gesamtinteresse abfinden. Um den Uebergang zur verkürzten Arbeitszeit zu erleichtern und den Reallohn so wenig wie möglich anzugreifen, sind die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs mit sofortiger Wirkung so weit herabzusetzen, daß der Lebenshaltungsindex in Einklang zu den Erzeugerpreisen der Landwirtschaft und den Großhandelspreisen für Welthandelsartikel, soweit sie für den Bedarf der großen Masse in Betracht kommen, gebracht wird. Insbesondere sind die viel zu großen Handelspreisen umgehend zu ermäßigen. Unsere bisherige bewährte Handelspolitik zur Förderung der Ausfuhr industrieller Fertigwaren ist fortzusetzen. Den fördernden Bestrebungen gewisser Kreise der Schwerindustrie, denen es nur um die Hochhaltung der Inlandspreise ihrer Produkte zu tun ist, sowie gewisser Kreise der Landwirtschaft, die am liebsten die Gemeinwohl von Agrarprodukten unterbinden möchten, ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Dagegen verdienen alle Maßnahmen weitgehende Förderung und auch gelbliche Unterstützung, die darauf abzielen, eine bessere Verteilung in der Landwirtschaft in die Wege zu leiten (Siedlungspolitik), um damit die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und sie dem Bedarf der deutschen Bevölkerung mehr als bisher anzupassen, die Produktion ganz allgemein zu standardisieren und den Verlauf der landwirtschaftlichen Produkte auf genossenschaftlicher Grundlage zu organisieren. Die Versuche, die Lasten des „Neuen Planes“ zu mildern, müssen mit allen Kräften fortgesetzt werden. Gleichzeitig ist aller nicht unbedingt notwendiger Aufwand der öffentlichen Verwaltungen rücksichtslos einzuschränken, damit die Steuern auf ein erträgliches Maß gesenkt werden können. Der Verfasser kommt dann weiter zu der Forderung, für die weitere Rationalisierung und namentlich die Einführung arbeitsparender Maschinen für alle Unternehmungen ein Sperrjahr (bis 31. Dezember 1931) einzuführen und zwar dergestalt, „daß während dieses Jahres Rationalisierungsmaßnahmen nur insoweit durchgeführt werden dürfen, als dadurch keine Arbeitskräfte freigesetzt werden“.

Arbeitslose Theaterbesucher im Berliner Deutschen Theater. Das Judamayerische Stück „Der Hauptmann von Köpenick“ gibt eine wirkungsvolle Darstellung des preußischen Kasernenhossjutes um 1905 unter Führung der „glorreichen Hohenzollern“. „Das macht uns keiner nach!“ hieß es damals mit Recht, als ein Zuchthäusler — nur weil er in Hauptmannsuniform auftrat — die Zivilbehörden von Köpenick in Angst und Schrecken jagte und mit der Stadtkasse abmarschierte. Was Wunder, daß gerade die Arbeitslosen trotz aller Not der Zeit mit befreiendem Lachen und brausendem Beifall diese Nachmittagsveranstaltung am 26. April 1931 aufnahmen. Direktion, Schauspieler sowie unsere Kollegen vom technischen Personal hatten sich zu dieser wohlgeleiteten Veranstaltung frei zur Verfügung gestellt und gaben ihr Bestes, so daß also den Arbeitslosen keinerlei Kosten entstanden. Ja, sie wurden noch mit Kaffee und Kuchen in der Pause bewirtet und das mit Recht. Es wäre dringend zu wünschen, daß unsere Ortsverwaltungen der Großstädte ähnliche Veranstaltungen in dieser Notzeit einrichten helfen. Eine Wiederholung ist geplant.

VERBANDSTEIL

Das **Arbeitsrecht**, die Beilage zur Gewerkschaft, erscheint von jetzt ab als Sonderausgabe. Sie wird den Ortsverwaltungen monatlich zur Weiterleitung an die Funktionäre übermittelt.

Die Redaktion.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin S O 16, Michaelstraße 42
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin S O 36, Schleißische Straße 42